



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 24
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreissliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühnow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mf. 15.— ohne Bestellung usw. Freiwilliger Bezugspreis Mf. 100.— Preis der Einzelnummer Mf. 20.— einschließl. ortsüblichen Teuerungszufchlages.

Berlin

15. Dezember 1922

Frieden auf Erden?

Weihnachtsabend! Noch lastet der Druck des Alltages, der Sorge, der Not auf der Menschheit, die gedrückt, bekümmert die Arbeitsstätten verläßt, um dem Heim zuzueilen, wo in wenigen Stunden Kerzenglanz, Tannenduft und ein unsagbares Gefühl kindlich heimlicher Freude, glückfroher Erinnerung, einziehen soll. Weihnachtsabend, Weihnachtshoffen, Weihnachtsglauben!

Friede auf Erden! Schon rufen die Glocken, froh-feierlich, und es drängt sich eine andächtige Menge zum Gotteshaus, um die alte und doch immer wieder neue Verkündigung zu erwarten: „Euch ist heute der Heiland geboren, der gekommen ist, um der Welt den Frieden zu bringen.“ Wir hören die Botschaft, und stiller Frieden, neue Hoffnung, neuer Glauben kehrt in unsere Herzen ein. Es ist die Gewalt dieser Botschaft das Glückverheißende dieser Verkündigung, die uns anschauen läßt zu dem Stern von Bethlehem, der uns die Gewißheit geben soll, daß auch heute noch dieser Himmelstrost für die Menschheit besteht: „Euch ist heute der Heiland geboren. Drum Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Und mit diesem Trost im Herzen gehen wir aus dem Gotteshaus, und es scheint, daß tatsächlich der Frieden und neue Hoffnung die Menschheit erfüllt. Weihnachtszauber, Weihnachtsstimmung! War's nicht einst der schönste Tag im Jahr, wenn heller Jubel die Kinderherzen erfüllte, wenn Weihnachtsschauer auch die Alten ergriff und sie zurückträumten in die Zeit, da sie selbst in den Kinderjubil einstimmten? Dieser Weihnachtsfriede wandelte die Menschen, stimmte sie weich und friedefroh. So konnte man nur in Deutschland Weihnacht feiern, unterm Tannenbaum, mit Kinderjubil und der innerlichen Gewißheit: Friede auf Erden!

Auch in diesem Jahre warten wir auf das feierliche Geläut deutscher Weihnachtsglocken, warten auf die Botschaft: Friede auf Erden!, warten auf die friedefrohe Weihnachtsstimmung. Hier, am Rhein und an der Saar. Aber es scheint, als wollte, als könnte es nicht Weihnachten werden, als könnte sich das Christkind nicht zur Erde finden, wo seit über acht Jahren der Frieden verbannt ist. Denn trotz des Diktats von Versailles, dem man den Trugtitel „Friedensvertrag“ gab, kennt Europa den Frieden nicht. Der Krieg tobt in seiner furchtbarsten Form weiter, nämlich in dem Versuch der Ausrottung des deutschen Volkes.

Von Frankreich her kommen keine Friedensklänge. Dort regiert noch immer Mars die Stunde, und je mehr man dort auf die Durchführung des „Friedensvertrages“ pocht, um so kriegerischer gebärdet sich unser welscher „Vertrags“-Segner, um so mehr läßt man dort erkennen, daß man den Krieg mit anderen Mitteln, die nicht weniger grausam sind als die vor dem Waffenstillstand verwendeten, unter allen Umständen fortzuführen gewillt ist. Drei Vorgänge der jüngsten Zeit haben bewiesen, daß wir dem Frieden ferner sind denn je: die Forderungen Dariaes in seinem Geheimbericht (Abtrennung der westrheinischen Gebiete von Deutschland), Poincarés Drohungen, noch vor Jahreschluß entscheidende Beschlüsse zu fassen, und die Besprechungen im Pariser Elysee, die auf die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland und auf die Besetzung des Ruhrgebiets abzielen. Dazu kommen die Verhandlungen in London, wo Poincaré unumwunden forderte: keine Zahlungserleichterungen an Deutschland ohne die Ruhr.

Sind das Friedensäußerungen? Das Saargebiet betrachtet alle diese Vorgänge mit wachsender Erregung. Drei Jahre Völkerbundsregierung an der Saar haben hinlänglich bewiesen, welcher Kurs im Saar-

gebiet gesteuert wird. Die Lockerung der Verbindungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland ist rein bestimmungsgemäß schon größer als zwischen dem Rheinland und Deutschland. Frankreichs entscheidender Einfluß in der Saarregierung hat sein übriges getan, um diese Lockerung möglichst vollkommen zu machen. Die entschiedenen französischen Forderungen, für das Rheinland ein dem Saargebiet ähnliches Regime zu schaffen, beweisen ferner, daß die Saargebietsregelung ein fortgeschrittenes Stadium französischer Loslösungsbestrebungen bedeutet. Wenn man daher jetzt für das Rheinland eine französischen Zwecken dienende Regelung anstrebt, mit allen Mitteln anstrebt, dann weiß man, daß man dem Saargebiet, obwohl es unter dem Schutze des Völkerbundes steht, kein günstigeres Schicksal zugebracht hat.

Dazu kommt die Hungerpolitik, die die Saarregierung in geradezu satanischer Weise gegen die deutsche Bevölkerung mit Hilfe des von ihr hervorgerufenen Währungs dualismus in Anwendung bringt, um zu erkennen, daß man von einem Friedensnähmen im Saargebiet ebenso wenig etwas weiß als im Rheinland oder im übrigen Deutschland.

Und dennoch werden auch im Saargebiet die Weihnachtsglocken läuten, man wird auch im Saargebiet die Weihnachtsbotschaft verkünden und man wird auf den Frieden warten, der die Herzen erheben und die Menschen friedefroh machen soll. Der Saardeutsche wird trotz allem auch in diesem Jahre sein Weihnachten feiern, er wird auf den Frieden bauen, der — über kurz oder lang — kommen muß, oder die Welt geht in Trümmer. Gewiß, es wird angesichts der friedensfeindlichen Haltung Frankreichs, angesichts der annexionslüsternen Politik der Saarregierung im Saargebiet ein gedrücktes Weihnachten sein, das man dort in diesem Jahre begehen muß. Unsere Schwestern und Brüder dürfen aber die Gewißheit haben, daß man ihrer im unbefetzten Deutschland gedenkt, daß man ihrer besonders gedenkt auch in dem Augenblick, wo sich alle Deutschen unterm Weihnachtsbaum, dem Symbol des Friedens, der Hoffnung und Treue, versammeln, um im Geiste vereint zu sein mit all' denen, die unseren Herzen nahe stehen.

Wenn die himmlische Botschaft vom Frieden auf Erden auch in diesem Jahre im übertragenen weltlichen Sinne noch keine Geltung hat, wir wollen aber aus ihr die Hoffnung schöpfen, daß, wenn Deutschland sich selbst treu bleibt, wenn das deutsche Volk seinen abgetrennten Brüdern bis zum Letzten die Treue hält, dann muß trotz Poincaré, Rault und Genossen auch der Friede über Deutschland und das Saargebiet kommen. Das wollen wir drum aus der Weihnachtsbotschaft 1922 entnehmen:

„Es wird, es muß Frieden werden!“

Die Stimme des Saarlokes.

Schwere Anklagen des Landesrats gegen die Saarregierung.

Der Landesrat befaßte sich in seiner Dezembertagung u. a. mit der Wohnungsfrage. Ihm lag eine Verordnung betr. Neuordnung der Bestimmungen über das Wohnungswesen zur Begutachtung vor und er nahm diese Gelegenheit wahr, sich rückhaltlos über die Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu äußern, wie sie von der Regierungskommission infolge ihrer einseitigen Bevorzugung des nicht berechtigten französischen Militärs und der zahlreichen französischen Beamten hervorgerufen wurden. Die Vorlage hatte vor der Wohnungskommission des Landesrats vorgelegen. Abg. Fuchs (Lib. Volkspartei) erstattete den Kommissionsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Nach Art. 1 der Regierungsvorlage fällt die Zentralwohnungskommission in Zukunft fort. Dagegen enthält der Art. 3 zwei merkwürdige Bestimmungen; er sieht nämlich eine bevorzugte Stellung vor erstens für die Liegenschaften der französischen Bergverwaltung, zweitens für die Liegenschaften der Regierungskommission.

Nach dem Versailler Vertrag nehmen nur die Liegenschaften, die der Bergwerksdirektion durch den Vertrag übereignet worden sind, eine Ausnahmestellung ein, nicht aber die Liegenschaften, die die Bergwerksdirektion nach diesem Zeitpunkt erworben hat. Es sind uns Fälle bekannt geworden, daß die Regierungskommission nach Abschluß des Vertrages Liegenschaften erworben hat. Sie hat geklagt, Urteil erwirkt und, ohne eine Vollstreckungsklausel des Wohnungsamtes zu erwarten, Wohnungen räumen lassen. Die Kommission ist der Auffassung, daß der Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ auch im Saargebiet Geltung haben muß. In Ziffer 3 ist ein juristisches Kuriosum geschaffen (dadurch, daß

die Regierungskommission als Eigentümer

erklärt ist. D. Red.). Die Regierungskommission ist lediglich Treuhänder und als solcher Vertreter des Völkerbundes. Eigentümer der Liegenschaften ist das Deutsche Reich, bzw. Preußen, bzw. Bayern geblieben. Als Vertreter im juristischen Sinne kann die Regierungskommission niemals Eigentum für sich erwerben,

sondern immer nur für den „Vertretenen“, d. i. das Deutsche Reich, bzw. Preußen, bzw. Bayern. Um keine juristischen Unmöglichkeiten zu schaffen, schlägt die Kommission die Fassung „Die Geschäftsräume der Regierungskommission“ vor.

Artikel 8 der Regierungsvorlage handelt von den Gesuchen um Zuteilung einer Wohnung. Es heißt darin: Für Beamte und Angestellte in öffentlichem Dienst sowie Offiziere und Unteroffiziere der Garnisontruppen hat die Einreichung bei der vorgesetzten Behörde zu erfolgen. Die Kommission hat diesen Satz gestrichen, weil, wie der Berichterstatter bemerkt, kein Bedürfnis vorliegt für diese Ausnahmestimmung und sie auch dem Gedanken einer einheitlichen Gestaltung des Wohnungswesens widerspricht. Wie der Berichterstatter weiter ausführt, war bei der Beratung dieses Artikels der Vertreter der Regierungskommission gebeten worden, nach Rückfrage beim Zentralwohnungsamt mitzuteilen, wieviel Wohnungen für Beamte und Militärpersonen im Saargebiet beschlagnahmt sind, wieviel Militär sich in den im Saargebiet befindlichen Kasernen aufhält und wieviel Diensträume beansprucht sind. Hinsichtlich der Beamtenwohnungen ist eine unvollständige Auskunft erteilt worden, hinsichtlich der Militärwohnungen keine Auskunft!

Nach weiteren Bestimmungen dieses Artikels teilt die Regierungskommission den Wohnungszuteilungsämtern jeweils Zahl und Umfang der Wohnungen mit, welche für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sowie die Offiziere und Unteroffiziere der Garnisontruppen benötigt werden. Die Wohnungszuteilungskommissionen haben für diese Beamten und Angestellten bis 1. Juli 1923

die Hälfte der freierwerbenden Wohnungen

vorzubehalten. Diese Bestimmungen hat die Kommission des Landesrats gestrichen; wie der Berichterstatter ausführt, nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ und weil zur Sicherstellung des Wohnungsbedarfs der Beamten nach dem Entwurf andere Mittel zur Verfügung stehen. Bezüglich der Offiziere und

Unteroffiziere der Garnisonstruppen habe sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet sich nach dem Wortlaut und dem Sinne des Versailler Vertrages nicht rechtfertigen lasse.

Zu Artikel 10 des Entwurfes wurde folgender Absatz hinzugefügt: „Wohnungseinrichtungen einschließlich Geschirr, Wäsche und dergl. unterliegen nicht der Beschlagnahme. Sind solche Gegenstände nach Erlass der Verordnung noch beschlagnahmt, so sind sie freizugeben.“ Es handelt sich, wie der Berichterstatter ausführt, hier in der Hauptsache um Beschlagnahmeverfügungen des französischen Militärs, die sich rechtlich nicht mehr aufrechterhalten lassen, erst recht nicht bei der herrschenden Teuerung und der Not der Bevölkerung und dem Mangel gerade an Wäsche und Geschirr, besonders in den von diesen Maßnahmen betroffenen Bevölkerungsschichten. Ein Kommissionsmitglied ersuchte bei dieser Gelegenheit den Regierungsvertreter um Auskunft über die praktische Durchführung und Geltendmachung von Forderungen wegen Schäden, die Saargebietsbewohnern durch das französische Militär, durch die Besitzergreifung von Wohnungen oder auf sonstige Weise zugefügt worden sind. Der Eigentümer darf nicht in seine Wohnung. Er kann nicht nachsehen, welche Schäden angerichtet wurden. Eines Tages ist nun der Inasse weg. Der französische Staat aber lehnt jeden Schadenersatz ab. Die Regierungskommission hat bis heute auf die Anfrage keine Auskunft erteilt, wie sie sich die praktische Durchführung des Ersatzes derartiger Schäden denkt.

Als Beschwerdeinstanz wird nach dem Kommissionsvorschlag statt des im Regierungsentwurf bestimmten Landrats das Mieteinigungsamt bestimmt. Die Mieteinigungsämter bilden nach dem Vorschlag einen Teil des Amtsgerichts.

Die Verschiedenheit der Auffassung des Landesrats und der Auffassung der Regierungskommission in den bedeutungsvolleren Punkten ergab sich im übrigen noch in klarer Eindeutigkeit aus der allgemeinen Debatte, die sich an die Ausführungen des Berichterstatters angeschlossen.

Als erster Redner trat Abg. Karius (Ztr.) auf. Aus seinen sehr beachtlichen Ausführungen heben wir folgendes hervor: Wir erheben die Anklage gegen die Regierungskommission, daß sie seit ihrem Amtsantritt im Saargebiet

unzählige Male den Versailler Vertrag verleht

hat. Präsident Kofmann: Aber Sie können doch nicht behaupten, daß die Regierungskommission den Friedensvertrag verleht hat! Karius fährt fort: Wir behaupten es nicht nur, wir beweisen es. Wahrheit muß auch im Saargebiet Wahrheit bleiben. Er betont, daß vor einem Gericht wahrhaft neutraler Tendenz die Bevölkerung um eine Anklage in dieser Hinsicht nicht bange zu sein brauchte.

Wir haben nicht nur das Recht der Begutachtung, sondern auch das Recht, unser Gutachten zu begründen. Ich begründe heute drei negative Gutachten, und zwar 1. das bezüglich der Häuser, die von der Bergwerksdirektion neugekauft werden, 2. das bezüglich des Vorzugsrechts der Beamten auf Wohnungen, 3. das bezüglich des Vorzugsrechts für das Militär.

Die Bergwerksdirektion ist im Saargebiet Privatperson genau so gut wie jeder andere auch. Der Friedensvertrag besagt ausdrücklich, daß die Gruben und sonstigen Grundstücke, die Eigentum des französischen Staates geworden sind, niemals der Gegenstand von Enteignung usw. sein können. Auf das Wort geworden ist Gewicht zu legen. Diese Ansicht wird auch gestützt durch andere Bestimmungen des betreffenden Statuts. Die Häuser, die die Bergwerksdirektion hier ankauft, müssen dem Mieterschutz gerechterweise unterworfen werden. Die Zentralwohnungskommission hätte eigentlich heißen müssen Enteignungskommission. Diese Kommission war lediglich der Ausfluß einer anormalen Gewaltanwendung im Saargebiet. Nun soll aber an Stelle der formalen Enteignung ein vereinfachtes Enteignungsverfahren treten, indem bis 1. Juli nächsten Jahres die Hälfte aller Wohnungen freigegeben werden soll für die Beamten und darüber hinaus bestimmt der Präsident, in welchem Umfange Wohnungen freibleiben sollen. Wenn man weiter denkt, daß das was die Zentralwohnungskommission bisher geschaffen hat, bestehen bleibt, kann man wohl sagen, daß an Stelle des formalen einfach ein vereinfachtes Verfahren treten soll. Wir müssen mit aller Schärfe gegen jede Bevorzugung der Beamten Einspruch erheben. Wir haben im Saargebiet nur das Recht, Steuern zur Bezahlung der Beamten zu leisten, aber kein Recht auf Anstellung der Beamten und Festsetzung ihrer Besoldung. Insgesamt können wir dem ganzen Verwaltungsapparat von oben bis unten Vertrauen nicht entgegenbringen. Der Deutsche im Saargebiet kann allenfalls Nachwächter, Schutzmann, vielleicht auch noch Bürgermeister werden. Präsident Kofmann: Ich darf darauf aufmerksam machen,

daß das nichts mit dem Wohnungswesen zu tun hat. Karius fährt fort: Es gehört zur Begründung. Tatsache ist, daß man heute den Deutschen, der im Saargebiet etwas zu sagen hat, mit der Laterne suchen muß. (Der Präsident ersucht zur Sache zu sprechen.) Ich glaube, ich habe das Recht zu sagen, was 99 Prozent der Bevölkerung denken. Im Saargebiet hat man Anwartschaft auf den fünften Posten in der Regierungskommission, nach den letzten Vorgängen zu urteilen, nur, wenn man nachweist, daß 99 Prozent der Bevölkerung gegen einen stehen. 90 Prozent der von Arbeitnehmerseite an die Regierungskommission gerichteten Schreiben werden überhaupt nicht beantwortet. (Hört, hört!) Präsident Kofmann: Das hat mit Wohnungswesen nichts zu tun! Der Redner widerspricht und kommt auf den Fall Haller (den wir an anderer Stelle wiedergeben. D. Sch.). Haller sei abgeklärt, aber nicht strafrechtlich verfolgt worden. Auf den Einspruch des Präsidenten fährt der Redner fort: Das gehört zu den Beweisen, warum wir das Vorzugsrecht der Beamten ablehnen.

§ 30 des Friedensvertrages sagt ausdrücklich:

Im Saargebiet findet kein Militärdienst statt.

Eigentlich dürfte hier auch nachts nicht geschossen werden. Die Regierungskommission hat die Pflicht, eine örtliche Gendarmerie einzurichten, die die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten hat. Ich kann mich nicht erinnern, daß jemals Militär hier notwendig gewesen wäre, auch nicht bei Streiks. Der Redner spricht dann über das Vorgehen der politischen Parteien in dieser Frage und die Zusagen der Regierungskommission und kommt auf die Verhältnisse anlässlich des Beamtenstreiks. Derjenige, der damals im Saargebiet die Zustände mit den Schwarzen, die Verhaftungen und Ausweisungen erlebt habe, habe für sein ganzes Leben damit genug. Die deutsche Regierung, führt der Redner weiter aus, hat sich viel Mühe gegeben, damit dieser § 30 im Saargebiet zur restlosen Durchführung gelange. Wir sagen ihr von hier aus Dank und erkennen ihr das Recht an, das zu tun, denn wenn man den Versailler Vertrag nicht als einseitiges Diktat ansieht, sondern als Vertrag, dann muß man anerkennen, daß Deutschland Vertragspartei ist. Die Saarregierung meint, die Kosten für eine Gendarmerie wären zu hoch. Die Kosten für die Beamtenbesoldung sind nicht zu hoch. 40 Millionen Franken bezahlt Frankreich jährlich für die Erhaltung seiner Besatzung im Saargebiet. Eine Bezeichnung als Garnisonstruppen kann uns sehr wenig nützen. Wir empfinden hier genau so sehr den Druck der Besetzung wie unsere Brüder im besetzten Rheinland (Zuruf: noch mehr!). Das Saargebiet ist Abtrennungsgebiet. Es ist Pflicht, daß für beide in Frage kommenden Parteien die gleichen Verhältnisse und das gleiche Recht geschaffen werden. Wir haben nicht die Absicht, uns hier umnationalisieren zu lassen. (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß ihm das Wort entzogen werden kann.) Auch die materiellen Schäden infolge der Anwesenheit des Militärs sind außerordentlich groß. Saarbrücken zahlt noch drei ausgewiesenen Beamten die Gehälter. Wenn man feststellen könnte, wie viel die einzelnen Gemeinden schon für das Militär bezahlt haben, käme eine Unzahl Millionen heraus. Wir haben zum Völkerbundsrat das Vertrauen, daß er gern entscheiden würde, § 30 müsse erfüllt werden, wenn er die Vollzugsgewalt hätte, das durchzusetzen. Es steht die Ehre des Völkerbunds als Sachverwalter des Saargebiets vor der Geschichte auf dem Spiel.

Abg. Sender (VSPD.) gerät gleich zu Beginn seiner Ausführungen in einen Konflikt mit dem Präsidenten des Landesrats, Kofmann. Sender leitete seine Rede ein mit einer Kritik an der Handlungsweise der Regierungskommission gegenüber den Anträgen der Fraktionen und besonders mit einer Kritik an dem Schreiben des Präsidenten Kault. Kofmann vertrat die Ansicht, daß der Brief des Präsidenten Kault und eine Debatte über das Initiativrecht des Landesrats nicht auf der Tagesordnung stünden, also auch nicht besprochen werden könnten, worauf der Abg. Sender sich zur Geschäftsordnung zum Worte meldete und also zur Geschäftsordnung folgendes ausführte:

Wir müssen der Regierungskommission ihre eigene Verordnung ins Gedächtnis zurufen. In der Verordnung über die Errichtung des Landesrats ist zu lesen, daß der Landesrat, bei Vermeidung der Nichtigkeit, nur über diejenigen Gegenstände beraten kann, die auf der Tagesordnung stehen. Die Ungültigkeitserklärung, so heißt es in der Verordnung weiter, erfolgt durch einen Beschluß der Regierungskommission. Deshalb verlangen wir von der Regierungskommission, daß sie ausdrücklich unsere sämtlichen Anträge für nichtig erklärt. Der Präsident der Regierungskommission allein, der uns ein privates Schreiben geschickt hat, ist

für uns nicht zuständig;

wir verlangen eine formelle Nichtigkeitserklärung, damit wir wissen, daß die Regierungskommission in ihrer Gesamtheit über unsere Anträge beschlossen hat. Weiterhin protestieren wir gegen den Ton des Schreibens, in dem der Landesrat sozusagen geschulmeister werden soll. Ferner sagt Präsident Rault in seinem Schreiben, die Regierungskommission habe die Pflicht, unsere Anträge abzulehnen. Das ist doch eine recht merkwürdige Logik. Eine solche Pflicht besteht nicht. Man verschanzt sich aus einem gewissen Propagandabedürfnis heraus hinter einer angeblichen Pflicht. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß der Präsident Rault glaubt, mit seinem Schreiben unsere Initiativanträge abgekanzelt zu haben. Wir werden deshalb bei jeder Gelegenheit neue Anträge stellen, ebenso wie wir unsere bisherigen 60 Anträge voll aufrecht erhalten. Ich muß gestehen, daß ich

die Kühnheit der Regierungskommission

für einfach bewundernswert halte. Diese Kühnheit besteht darin, daß sie die Zuständigkeit des Landesrats verlegt, und zwar recht gründlich verlegt. Diese Verletzung besteht darin, daß die Regierungskommission eine ganze Reihe von Verordnungen beschlossen und verkündet hat, nachdem der Landesrat bereits bestanden hatte, ohne daß er gehört worden wäre; so die Verordnung über die Beschäftigung der Schwertriebsbeschädigten, Einführung der deutschen Gesetze über Neuregelung der Bezüge in der Unfallversicherung, schließlich die Notverordnung über die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung vom 13. Juli über die Milderung der Wohnungsnot. Zu dieser letzten Verordnung hat die Regierungskommission eine Begründung erlassen, die tatsächlich den Gipfelpunkt der Anmaßung darstellt: „... in der Erwägung, daß die gewählten Vertreter der Bevölkerung des Saargebietes vor dem 15. November 1922 nicht in der Lage sein werden, ihr Gutachten abzugeben...“ Wir hätten selbstverständlich über diese Verordnung kein Wort verloren und sie gutgeheißen, aber man hat uns ja nicht gefragt, man hat einfach über unsere Köpfe hinweg verordnet. Man kann gespannt sein, mit welchen Interpretationskünsten dieser Vorstoß der Regierungskommission gerechtfertigt werden soll, abgesehen davon, daß die Begründung die absolute Unwahrscheinlichkeit darstellt. In der Verordnung über den Landesrat steht, daß er mindestens einmal im Vierteljahr zusammentreten soll; was aber hätte uns gehindert, zweimal zusammenzutreten, zumal die Regierungskommission eine zweite Notverordnung über die Erhöhung der Gerichtskosten erlassen hat, die wir ihr ebenfalls glatt bewilligt hätten?

Doch nun zur Sache. Die Vorlage, die uns heute beschäftigt, hat zuerst den Studienausschuß passiert. Was dieser Studienausschuß aus ihr gemacht hat, weiß weder der Landesrat noch das Land. Es ist uns zu Ohren gekommen, daß der Studienausschuß ganz vernünftige Abänderungen gemacht hat; von politischem Gesichtspunkt aus wäre es doch sicherlich interessant zu erfahren, in welchen Punkten eine einheitliche Stellungnahme des Studienausschusses und des Landesrats stattgefunden hat; dann hätte man nämlich eine Einheitsfront gegenüber der Regierungskommission.

Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß derart wichtigen Verordnungen wie der heutigen, außer der mündlichen Begründung seitens der Regierungskommission auch eine schriftliche Begründung beigegeben werde. Wir hätten nämlich gerne gesehen, mit welchen Argumenten die Regierungskommission die Bevorzugung der Bergverwaltung und des Militärs begründet hätte. Im Friedensvertrag ist ausdrücklich die Rede von Liegenschaften, die Eigentum der Bergwerksverwaltung geworden sind, d. h. Eigentum durch den Übergang von Preußen an Frankreich „geworden sind“, nicht etwa „werden“. Die Auslegung dieser Stelle ist durchaus klar; es ist bezeichnend für das Gerechtigkeitsgefühl der Regierungskommission, daß sie eine Auslegung fand, die unserem normalen Empfinden durchaus widerspricht. Es kann kein Zweifel sein, daß hier

Totengräber am Werk

sind, Totengräber für das Recht des Saarländers, das unter den Beauftragten des Völkerbundes geknechtet und entrechtet wird.

Präsident Kohnann, unterbrechend: Der Redner hat gegen die Regierungskommission den Vorwurf erhoben, daß sie „knechte“ und „entrechte“. Ich weise diesen Vorwurf zurück. Wenn die Regierungskommission einen anderen Standpunkt nicht eingenommen hat, so ist dies sicher geschehen, weil sie glaubt, sich mit ihrer Auffassung im Recht zu befinden.

Abg. Sender, fortfahrend: Ich weiß sehr wohl, daß der Friedensvertrag der Regierungskommission das Recht der Auslegung zuspricht. Dieses Recht hat aber seine Grenzen in der Gerechtigkeit und der Logik. — Die tatsächlichen Gründe, die gegen die Bevorzugung der Bergwerksdirektion sprechen, sind folgende: Wir stehen in der Bergwerksdirektion

einem übermächtigen Staatskapitalismus gegenüber. Diese Uebermacht hat die schwersten sozialen und wirtschaftlichen Schäden verursacht. Ich will nur ein Beispiel erwähnen: Im Jahre 1919 bei einem Prozeß wegen Ausweisung einer Reihe von Bergarbeitern — übrigens noch unter Militärherrschaft — hat das Oberbergamt Bonn erklärt, daß

schwarze Listen

aufgestellt worden seien, und zwar noch von der preußischen Bergverwaltung auf Drängen des französischen Militärkontrolldienstes, Inspektion Luitenthal. (Zwischenrufe: Unerhört! Ein Hohn auf alle Kulturrechte!) Diese schwarzen Listen sind vom französischen Militär verlangt worden, die preußische Bergverwaltung hat sich zunächst geweigert, hat sie aber dann doch unter schwerstem politischen und militärischen Druck ausgeführt. (Zuruf: Sie bestehen heute noch!) Deshalb sind wir auch gegen eine Bevorzugung des Militärs. Ich bitte den Regierungsvertreter, seinen Einfluß geltend zu machen, daß derartige schmachvolle Handlungen in Zukunft unterbleiben. Wir haben dann auch aus der Presse erfahren, in welcher rücksichtslosen Weise die Einwohner der von der Bergverwaltung angekauften Häuser auf die Straße gesetzt werden. Aus diesen und anderen Gründen sind wir daher gegen jede Bevorzugung der Bergverwaltung.

Nun zu der Bevorzugung des französischen Militärs. Es ist gleichgültig, wie die Truppen heißen, die uns in vollem Widerspruch zum Friedensvertrag bedrücken. An unserem Empfinden scheitern eben alle Interpretationskünste. Hier darf kein Militär geduldet werden. Zieht das Militär ab, so werden eine Reihe von Kasernen für die Bevölkerung frei, die Schulen, die jetzt von Wachkommandos belegt sind, können ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden, außerdem werden eine ganze Reihe Offiziers- und Unteroffizierswohnungen frei, so daß den unwürdigen Verhältnissen, in denen heute manche deutsche Familie zusammengepfercht wird, ein Ende gemacht wird. Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die Bestimmung der vorliegenden Verordnung, daß die Wohnung, die ein französischer Offizier inne hat, bei seinem Weggang dem Nachfolger offengehalten werden soll. Wir können es nicht dulden, daß dem Militär auch noch ein Erbrecht eingeräumt werde, neben der Bevorzugung bei der Wohnungszuteilung.

Eine schwierige Frage ist ferner

die Haftung französischer Militärpersonen für angerichtete Schäden.

Die Haftung der einzelnen militärischen Persönlichkeit ist ausgeschlossen. Wie will ein Vermieter einen Offizier belangen, der ihm in der Wohnung Schaden angerichtet hat, wenn der Offizier, sagen wir nach Tunis detachiert worden ist? Es besteht hierzu keine Möglichkeit. Wir müssen aber gerade in diesem Punkte volle Klarheit verlangen.

Wie ist nun die Rechtsgrundlage für die Beibehaltung des französischen Militärs im Saargebiet? Im Friedensvertrag steht einmal, daß hier kein Militärdienst stattfinden darf. Weiter aber bestimmt der Friedensvertrag, daß die Regierungskommission in allen eintretenden Fällen für die Sicherheit zu sorgen hat, nicht also etwa dauernd und chronisch. Wenn man also schon Militär haben möchte, um uns in Ordnung zu halten, so würde es genügen, wenn dieses Militär in Saargemünd, Forbach und St. Avold untergebracht würde, um nur „in eintretenden Fällen“ zur Verfügung zu stehen. Wir sind jedenfalls nicht in der Lage, der

Regierungskommission auf ihren Pfaden des Unrechts und der Unlogik

zu folgen. Aber die Regierungskommission braucht eben die französischen Truppen, mit denen sie ein ausgezeichnetes politisches Machtmittel in der Hand hat; die Regierungskommission, die Treuhänderin des Saargebiets, von der man aber eher sagen kann, daß das Saargebiet ihr nicht zu treuen, sondern zu untreuen Händen übergeben wurde. Als weiteres Argument für die Beibehaltung des französischen Militärs im Saargebiet führt die Regierungskommission an, daß das saarländische Budget nicht in der Lage sei, die Kosten für eine genügend starke Polizeitruppe zu tragen. Die Saarbevölkerung würde jedenfalls mit Freuden bereit sein, diese Kosten zu zahlen, wenn nur die Truppen hier abzögen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede will der Abg. Sender auch die Urteilsbegründung im Prozeß Schäfer anführen. Der Präsident Kohnann läßt es aber nicht dazu kommen, — so oft der Redner versucht fortzufahren, wird er von Kohnann unterbrochen mit der Bemerkung, der Fall Schäfer gehöre nicht auf die Tagesordnung. Schließlich wird — nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung — der Landesrat befragt, ob er den Redner weiter anhören will, was natürlich einstimmig bejaht wird. Der Abg. Sender verzichtet nun aber darauf, den Fall Schäfer in die De-

hatte zu ziehen. Er spricht sich weiter gegen die Bevorzugung der Beamten bei der Wohnungsuteilung aus, da man bei der Art, wie im Saargebiet die Beamtenstellen besetzt würden, nie sicher gehe, ob die Beamten auch wirklich notwendig seien. Er fragt weiter an, wie es komme, daß

die Privatsekretärin des Präsidenten Rault

hier in Saarbrücken eine Wohnung und eine zweite in Forbach besitze. Eine sei doch sicherlich überflüssig. — Weiter führt der Redner aus, daß die Verordnung bereits vor Monaten von der Regierungskommission hätte vorgelegt werden

können, was aber bei dem bekannten schleppenden Geschäftsgang dieser hohen Behörde über zwei Monate hinausgezögert worden sei. Aber die Regierungskommission habe die Vorlage nur deshalb so lange verzögert, um die Spaltung zwischen Mieter und Vermieter immer größer werden zu lassen, und auf diese Weise einen Keil in die Bevölkerung zu treiben.

Präsident K o s m a n n: Der Abg. Sender hat in seiner Rede die Wendung gebraucht, das Saargebiet sei der Regierungskommission nicht zu treuen, sondern zu untreuen Händen übergeben worden. Ich rufe den Redner hierfür nachträglich zur Ordnung. Die Sitzung wird hierauf vertagt.

Die Verfrankung des Saargebiets.

„Verfrankung“ — irgendeine Zeitung des Saargebiets hat das Wort neulich geprägt. Es ist zwar nicht schön, trifft aber mitten ins Schwarze.

Hat man mit Aufmerksamkeit verfolgt, wie rapide die französische Währung gerade im letzten Halbmonat sich Boden im Saargebiet erobert hat, so wird man nicht umhin können, von einer bedenklichen Verfrankung zu sprechen. Bedenklich nicht, weil zu fürchten wäre, daß das französische Geld nun auch französische Gesinnung nach sich zöge. Nein: „Deutsch ist die Saar — immerdar!“ Das ist tief in die Herzen unserer Brüder und Schwestern dort unten eingegraben. Aber die Wirtschaft des Saargebiets ist abhängig vom Reiche; achtet man das gering, so steht zu befürchten, daß das Schicksal Elsaß-Lothringens, das heute mit ausgeblästen Höfen und feiernden Fabriken den Anschluß nach Westen hüst, sich am Saargebiet wiederholt. Und daraus erwächst dann auch politisch eine Gefahr; ein verelendetes Land hat nicht mehr ungebrochenen Mut, es ist den Einflüsterungen falscher Apostel besser zugänglich denn ein blühendes.

Verkennen wir nicht, welche Gefahren lauern! —

Das letzte Mal erzählten wir von dem Streik der Buchdrucker beim „Neuen Saar-Kourier“. Der wurde beigelegt, da der Verlag — wohl auf dringendes Anraten seiner französischen Hintermänner, die in der Rückkehr zur Marktwährung eine zu schwere Belastung ihrer Propagandatätigkeit sahen — sich den Forderungen der Streikenden bedingungslos unterwarf. Es blieb bei der Frankflözung. Dafür forderte plötzlich die gesamte Buchdruckergehilfenschaft Bezahlung in Franken, und da die Verlagsanstalten diesem Wunsche nicht nachkamen, nicht nachkommen konnten — denn man hatte ja keine Frankeneinnahmen —, wurde gestreikt. Nahezu eine Woche war der größte Teil der Druckereien lahmgelegt. Dann wurde eine Einigung auf der Grundlage gefunden, daß den Gehilfen zu den Marktlöhnen, die um 27½ Prozent erhöht wurden, Frankenausschlagzulagen gezahlt werden, die für Verheiratete 20 und für Unverheiratete 16 Franken pro Woche betragen. Wenn man dem „Neuen Saar-Kourier“ glauben darf, so stellt dieses Abkommen nur einen Uebergang zur vollständigen Umstellung des Zeitungsgewerbes auf den Franken dar, die im Januar erfolgen soll.

Selbstverständlich waren die Zeitungen infolge des Abkommens mit den Buchdruckergehilfen gezwungen, ihre Betriebe wenigstens zum Teil auf französische Währung einzustellen. Sie erheben nunmehr die Preise für Drucksachen und Anzeigen in Frankwährung, während die Abonnementsgelder vorläufig noch in Mark (aber auch in Franken) zu bezahlen sind; eine Ausnahme macht die „Volksstimme“, die sich auch das Abonnement mit monatlich 2,50 Franken bezahlen läßt.

Noch eine weitere bedeutsame Etappe in der Verfrankung des Saargebiets ist zu nennen: eine Klage der Stadt Saarbrücken gegen die von der Regierungskommission verfügte Zwangsetatisierung für die Bezahlung von Frankengehältern an die städtischen Oberlehrer wurde vom Obergerwaltungsgericht in Saarlouis abgewiesen. Saarbrücken hat nach der Zwangsverordnung des Präsidenten der Regierungskommission den erforderlichen Frankenbetrag für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 31. März 1923 in seinen Etat einzustellen. Das macht für das Reformgymnasium 140 000 Franken und für die Augusta-Viktoria-Schule 249 000 Franken aus!

Der Prozeß hatte über diese Entscheidung hinaus, deren Rechtsgültigkeit stark in Zweifel zu setzen ist, eine ganz besondere Bedeutung. Bürgermeister Dr. Reites rollte nämlich die Frage auf, ob die Verordnungen der Regierungskommission überhaupt Gesetze oder Rechtsverordnungen seien. Seien sie das, so hätte die Saarregierung sich in gegebenen Fällen auch eine unbedingt bindende gesetzliche Verpflichtung auferlegt; z. B. hinsichtlich der Bezahlung der Pensio-

nen in Frankwährung. Einer juristischen Prüfung hielten sie jedoch nicht stand, woraus sich ergebe, daß im Saargebiet ein sehr merkwürdiger Rechtszustand bestehe: nämlich keiner. Bezeichnenderweise ging der Vertreter der Regierungskommission, Oberregierungsrat K u c h e n b e c k e r, auf diese Ausführungen und auf die direkte Frage des Herrn Dr. Reites, ob die Verordnungen der Regierungskommission Rechtsverordnungen darstellen, überhaupt nicht ein!

Für die „Objektivität“ des Gerichts zeugt folgende Zusammenfassung: Vorsitzender N i p p o l d, Landgerichtspräsident Magnus, Obergerichtsrat A d e r, Justizdirektor H e i m b u r g e r, Oberregierungsrat L e m m e r k, Landgerichtsdirektor D ö r r, Unterdirektor der öffentlichen Arbeiten C a m p u s. Das sind drei unmittelbare Beamte der Saarregierung in einem Kollegium, das über eine Beschwerde gegen dieselbe Regierung entscheiden soll! Drei Deutsche und vier Ausländer

Die Absicht der Verfrankung wird von der Regierungskommission im Gegensatz zur letzten Zeit jetzt wieder etwas deutlicher zur Schau getragen. So hat sie den Landesrat einen Verordnungsentwurf vorgelegt, wonach sämtliche sowohl durch die ordentlichen Gerichte als auch durch die Verwaltungsbehörden festzusetzenden Geldstrafen und Strafmandate in Frankwährung zu bezahlen sind. Die Höhe der Strafen entspricht den Sätzen, wie sie vor dem Kriege in Markwährung verhängt wurden. Das sind erheblich höhere Sätze, als sie gegenwärtig im Reich zur Anwendung gelangen. Durch eine andere Verordnung wird den Empfängern einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente ein jährlicher Zuschuß von 70 Franken, den Empfängern einer Waisenrente ein jährlicher Zuschuß von 35 Franken gewährt.

Auch in einer Anzahl von Gemeinden ist wieder die Mark durch den Franken verdrängt worden. So hat die Stadtverordnetenversammlung in Saarlouis beschlossen, ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter in Franken zu besolden. Um Frankeneingänge zu sichern, wurde als Hundesteuer ein Betrag von 10 Franken für den ersten, 20 Franken für den zweiten und 30 Franken für den dritten Hund festgesetzt. Ebenso wurde die Erhebung der Lustbarkeitssteuer und das Wasser- und Gasgeldes in Frankwährung festgelegt. D u d w e i l e r verlangt den Franken für Gas und Wasser, F i l l i n g e n für das Wasser, F r i e d r i c h s t h a l für die Milch, F r i e d r i c h s t h a l - B i l d s t o c k setzte außerdem die Unterstützungssätze in Franken fest; Männer sollen 20, Frauen 18 und Kinder unter 16 Jahren 16 Franken monatlich bekommen. Die Entlohnung der Gemeindearbeiter und Angestellten in Frankwährung wurde neu von H ü t t i g w e i l e r und H e i l i g e n w a l d durchgeführt. H ü t t i g w e i l e r führte auch für die Stier- und Bodhaltungskosten den Franken ein. S t. I n g b e r t beschloß, für die Fertigstellung des elektrischen Ortsnetzes und für die Beteiligung der Gemeinde an den Pfalzwerken eine Anleihe von 200 000 Franken aufzunehmen.

Zu den Frankenforderern aus den Reihen der Arbeiterschaft sind die Brauereiarbeiter getreten. B i l l e r o n und B o c h i m M e r z i g und M e t t l a c h zahlen zu den Marktlöhnen Frankenzulagen, und im Transportgewerbe sind die Marktlöhne durch die Frankenzulagen verdrängt worden. Dafür sind für die Fuhrleistungen natürlich ebenfalls Franken zu entrichten. Der Verkauf des Freigebräts in Frankwährung wurde von den Bäckerinnungen des S u l z b a c h t a l s und M e r z i g s beschlossen. Die S c h u h m a c h e r i n n e i t in Saarlouis hatte einen Frankentarif bereits Anfang November festgelegt, der von ihren Mitgliedern auch eingehalten wurde. In den verlangten Preisen erblickte die D. P. K. jedoch einen Verstoß gegen die Wucherergesetzgebung und übergab den Fall deshalb dem Sondergericht in Saarbrücken, das ein Strafverfahren gegen die Frankenforderer anhängig machte. Der Strafantrag dürfte sich aber wohl kaum gegen die Frankenforde-

zung als solche, als vielmehr gegen die Höhe der Tariffähigkeit. Damit das Maß voll werde, hat auch die Freie Bauernschaft in Gemeinschaft mit dem Landesverband der Gartenbaubetriebe kürzlich beschlossen, die Gemüse- und Gartenprodukte vom 1. Dezember ab nur noch gegen Franken zu liefern.

Man sieht: die Note der Banque de France, der Stephane Lauzanne Pionierdienste für die beabsichtigte Französisierung des Saargebiets zuerkennt, dringt weiter und weiter vor. Die Regierungskommission ist nicht gewillt, ihr einen Damm entgegen-

zusetzen. Noch könnte Einhalt geboten werden. Wie wäre es zum Beispiel, wenn man eine Entschliebung der Ortsgruppe St. Wendel der Kommunistischen Partei zur Grundlage einer Verordnung nehmen würde, die da lautet:

„Diejenigen Geschäftsleute, welche ihre Waren in Franken verkaufen, sollen: 1. ihre Steuern in Franken entrichten; 2. ihren Angestellten Frankenhöhne zahlen. Die Versammlung der RPD. wird mit allem Nachdruck dafür Sorge tragen, daß die nötigen Maßnahmen hierzu eingeleitet werden.“

Das könnte Wunder wirken!!

Parteitag der Deutsch-Demokraten des Saargebiets.

Die Deutsch-Demokraten des Saargebietes hielten ihren diesjährigen Parteitag am 3. Dezember in St. Ingbert ab. Die Tagung, die gut besucht war, gab ein neues Bekenntnis zu ihrem Programm, auch im Saargebiet immer deutsch und demokratisch zu sein und zu handeln. Bezeichnend ist, daß es die Saarregierung für richtig gehalten hat, dem als Redner vorgesehenen pfälzischen Abg. Bühler-Zweibrücken die Einreiseerlaubnis zu versagen, so daß dessen Vortrag ausfallen mußte.

Es sprachen Landesvorsitzender und Mitglied des Landesarats Rechtsanwalt Dr. Scheuer-Saarbrücken über die Lage im Saargebiet und Bezirksleiter und Stadtverordneter Bid-Saarbrücken über „Sozialpolitik und Arbeiterrecht im Saargebiet“. Stadtverordneter und Verleger Bauer-Neunkirchen behandelte die Aufgaben der kommunalen Vertreter.

Nachstehende Entschliebungen kamen einstimmig zur Annahme:

Zollpolitik.

Das Saargebiet ist seiner Natur und Geschichte nach wirtschaftlich ein untrennbarer Teil des Deutschen Reiches. Es heißt seiner wirtschaftlichen Entwicklung Gewalt antun, wenn man den Versuch macht, es durch zolltechnische Maßnahmen von seiner natürlichen Grundlage abzutrennen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet, wie sie sich seit Inkrafttreten des Vertrages von Versailles und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die jetzige Regierungskommission herausgebildet hat, ist ein neuer klarer Beweis dieses untrennbaren Zusammenhanges. Die Deutsche Demokratische Partei kann in einer weiteren Ausdehnung des Zollanschlusses an Frankreich und der zolltechnischen Abschneidung vom Reich nur die schwersten Gefahren für das Wirtschaftsleben des Saargebiets voraussehen und nimmt in entschiedenster Weise Stellung gegen jede weitere Maßnahme in dieser Richtung, insbesondere gegen eine Aenderung der Zollverhältnisse im Jahre 1925.

Sozialpolitik — Arbeiterrecht.

Das Deutsche Reich, das von Staats wegen als erstes Land die soziale Fürsorge eingeführt hat, hat auch nach dem Kriege diese Fürsorge und das Arbeiterrecht erheblich weiter ausgebaut, worin die Deutsche Demokratische Partei einen ganz bedeutenden kulturellen Fortschritt erblicken muß. Von den Segnungen dieser neuen Fortschritte in der sozialen und Arbeitergesetzgebung des Reiches ist der Einwohnerschaft des Saargebiets bisher nichts zuteil geworden. Wir erheben die Forderung, daß diese fortschrittlichen Gesetze im Saargebiet ebenfalls in vollem Umfange eingeführt werden. Des weiteren hat die Regierungskommission die Pflicht, die Rentenbezieher und Bedürftigen ausreichend zu unterstützen, und zwar in einem Umfange, wie es den außergewöhnlichen Lebensverhältnissen im Saargebiet entspricht.

Das von der Regierungskommission vernachlässigte Arbeiterrecht ist auszubauen. Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist endlich herbeizuführen. Das gewerbliche Schlichtungs- und Einigungswesen ist auszubauen. Der Tarifgedanke ist in gesetzlicher Form festzulegen. Die von den wirtschaftlichen Organisationen und politischen Parteien auf diesem Gebiete gemachten Vorschläge sind von der Regierungskommission zu verwirklichen.

Steuerfragen.

Die Steuern dürfen nicht, wie es jetzt der Fall ist, nur den Festbesoldeten und Arbeitern aufgebürdet werden, sondern es ist dafür Sorge zu treffen, daß die Gewerbetreibenden und die Angehörigen der freien Berufe entsprechend ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen kräftig zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden. Es ist auch Sorge zu treffen, daß nicht dauernd hier ansässige Gewerbetreibende entsprechend ihrem im

Saargebiet erworbenen Einkommen zu den Steuern für das Gebiet in gerechter Weise beitragen. Es muß für eine schnellere Erledigung des Einschätzungsgeschäftes gesorgt werden, und wir fordern, daß auch bei diesen Berufen wie im Reich die Veranlagung nicht mehr nach dem Einkommen des vorhergehenden Jahres erfolgt, sondern nach dem Einkommen des laufenden Jahres, und daß jeweils Steuervorschüsse angefordert werden.

Währungsfrage.

Das Nebeneinanderbestehen zweier Währungen im Saargebiet infolge der Einführung des französischen Franken als Währung gegen den klar ausgesprochenen Willen der Bevölkerung hat zu den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen geführt. Die im Saargebiet herrschende anormale Teuerung, die schreckliche wirtschaftliche Notlage vieler Einwohner ist in der Hauptsache auf diesen Zustand zurückzuführen. Wir fordern die Regierungskommission auf, ihrer Pflicht entsprechend für die Durchführung auf eine einheitliche Währung zu sorgen, ehe weitere Kreise der Saarbevölkerung infolge des derzeitigen Zustandes dauernder Verelendung anheimfallen und die wirtschaftliche Not des Saargebietes zur Katastrophe geworden ist. Da das Saargebiet wirtschaftlich jetzt und in Zukunft vom Deutschen Reich abhängig ist, halten wir es für richtig, daß diese einheitliche Währung die stabilisierte Mark sei.

Allgemeines.

Die Deutsche Demokratische Partei des Saargebiets erhebt erneut feierlichen Protest gegen die dem Versailler Vertrag widersprechende Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet. Sie erhebt weiter Protest gegen die Art, wie die Einwohner des Saargebiets durch polizeiliche und Maßnahmen von ihren Brüdern und Schwestern im Reich gewaltsam abgetrennt werden. Sie verlangt freie Einreise ins Saargebiet für jeden Reichsdeutschen. Die Deutsche Demokratische Partei des Saargebiets kann nur ein politisches Motiv in der jetzt in Kraft tretenden Maßnahmen der Saarregierung im Postfachverkehr erblicken, die auf eine direkte Schädigung des ganzen wirtschaftlichen Lebens im Saargebiet hinausläuft, und verlangt Aufhebung dieser Verordnung.

Die Wohnungsnot im Saargebiet ist infolge der noch immer bestehenden Beschlagnahmen für das französische Militär und ebenso der vielen Beschlagnahmen für die Beamten der Bergwerksdirektion zur wirklichen Katastrophe geworden. Die Not wird noch erhöht durch den systematischen Häuserkauf der Bergwerksdirektion, die in vollem Widerspruch zum Versailler Vertrag auch in dieser Hinsicht durch die Verordnungen der Saarregierung geschützt wird. Die bisherigen Wohnungsinassen dieser gekauften Häuser sind sogar mehrmals schon einfach auf die Straße gesetzt worden. Auch hiergegen erheben wir feierlichsten Protest. Das Versprechen der Regierungskommission, kräftig für den Bau neuer Wohnungen zu sorgen, sehen wir als nicht eingelöst an. Weiter erheben wir Protest gegen den Druck, der seitens der Bergwerksdirektion auf ihre Arbeiter und Beamten ausgeübt wird, damit diese ihre Kinder in die französischen Schulen schicken. Wir sehen darin eine ungeheuerliche Verletzung des Versailler Vertrages, der der einheimischen Bevölkerung ihre Schule gewährleistet. Wir protestieren ferner gegen die Entlassungen von Arbeitern in den Staatsbetrieben, die unbeschäftigt sind und nur die allgemeine Notlage erhöhen.

Zusammenfassend protestiert die Deutsche Demokratische Partei des Saargebiets im Namen der Gerechtigkeit vor der Welt und vor dem Völkerbunde aufs schärfste dagegen, daß die einheimische Bevölkerung gegenüber herbeigekommenen Fremden und auch den wenigen unter der Bevölkerung, die sich um persönlicher Vorteile willen frankophil gebärden, in jeder Hinsicht benachteiligt wird.

von Halfern-Spende für Notleidende des Saargebiets.

Für die v. Halfern-Spende stiftete Herr M. W i c h e n h a m p, Registrator a. D. der Genfer Konferenz, in Zürich wohnhaft, 3000 Mark. Damit ist die Spende auf 61000 Mark angewachsen. (Die Endsumme in Nr. 23 des „Saarfreund“ muß dahingehend berichtigt werden, daß es statt 60000 Mark 58000 Mark zu heißen hat.)

Dem Spender herzlich Dank!

Unser Wunschzettel.

Wir bitten die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Bundes „Saar-Berein“ sowie die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, den Jahresbeitrag für 1923 und den Beitrag für 1922, sofern er noch nicht bezahlt ist, spätestens bis zum 15. Januar 1923 an uns einbringen zu wollen. Dann können wir unnützes Porto für Mahnbrieife sparen, das manchmal mehr ausmacht als die gezeichneten Beiträge.

Die Geldentwertung ist natürlicherweise auch uns fühlbar geworden. Die Verwaltungskosten haben sich wesentlich erhöht, die Abonnementsgelder für den „Saar-Freund“ decken nur noch zu einem Bruchteil die Druckkosten. Wir können deshalb nicht umhin, unseren Freunden angelegentlichst eine Erhöhung ihrer Jahresbeiträge ans Herz zu legen und auch sonst zu bitten, die Hand nicht gar zu fest auf den Geldbeutel zu legen. Für unsere Arbeit brauchen wir Geld, viel Geld sogar. Unsere Ziele:

Zusammenschluß der Landsleute und Freunde des Saargebiets zur Stützung des Deutschtums und zur Sicherung der Abstammung in diesem bedrohten deutschen Landstrich,

objektive Berichterstattung über alle Fragen, die das Saargebiet angehen durch den „Saar-Freund“,

Unterstützung von Flüchtlingen und Ausgewiesenen aus dem Saargebiet,

Unterstützung notleidender Markempfangen usw. usw., sind aber der kleinen Opfer, die wir fordern, wert!

Wir sind der Hoffnung, daß unser „Wunschzettel“ Verständnis und Erfüllung finden werde. Das wäre uns ein willkommenes Weihnachtsgeschenk. Im übrigen wünschen wir allen unseren Mitgliedern und Freunden ein frohes Weihnachtsfest.

Geschäftsstelle „Saar-Berein“,

Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, II.



Die Zuckerzang.

Beim Goldschmied in der Bahnhofstrasse

War e Gedräng, gar artig groß.

Das is e Tagd d'r dort gewöhn

Roh Silber, Gold un Edelskän,

Roh Perle un demm glühig Zeig,

— Du waascht's! Wie haascht das Dings noch gleich? —

Do driwwer kaaner sich meh wunnert,

Der Frante schtand jo fast sechshunnert. —

Na, forz un gut, dort kommt erinn

E Fraa — sie kann vun Schiele sinn —

Un froht: „Was war das, was die Fraa hat kaast,

Wo äwe aus der Dier nauslaast?“ —

— „Die Dame, die dort geht, die große,

Erstand 'ne Zange zur Zuckerdose.“ —

— Das war der Fraa doch wärflich nei;

Sie lacht un nennt verdukt dabe:

„Geh, Freilein, mache Se tü Schbah!

E Zuckerzang!! — Was is dann das?“ —

— „Dah niemand fahst den Zucker an,

Man dieses Instrument ersann.

Man ist, benutht man diese Zange,

Um Keinlichkeit niemals mehr bange.“ —

Die Fraa, die runzelt jekt die Stärr

— Dann dämm're dut's ihr do im Härn —

Un fahst: „Ach so! Na, sell is gut!

Gleich dhun Se sechs m'r in die Tut,

Sechs Zange; denn ich han sechs Rinn.

Kaans fahrt m'r meh ins Blech eininn.“ —

Der Ausang

(in der „Saar- und Blieszeitung“).

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Gewisse Leute, die es verstehen, den Mantel nach dem Winde zu hängen, sind dabei,

eine „Regierungspartei“

zu gründen, die keine Opposition gegen Regierungskommission und Bergwerksverwaltung treiben will. Wie die „Volksstimme“ zu erzählen weiß, hat die Vaterschaft für die neue „Partei“ ein sogenannter „Saarbund“ übernommen, ein gewerkschaftliches Beilchen, das im Verborgenen blüht und von dem noch kein Sänger zu melden wußte. Im Bergmannsheim zu Ensdorf sind am 26. November hinter verschlossenen Türen die vorbereitenden Besprechungen geführt worden. Als Anreißer fungierte ein neugeborener Steiger namens Müller aus Püttlingen, der einer erstaunten Zuhörerschaft, die sich aus ein paar Bergbeamten mit vorwiegend üblem Ruf zusammensetzte, die verworrensten Pläne entwidelte. Versammlungsleiter war ein Steiger Detemple aus Belsen. Zu den führenden „Geistern“ der neuen „Partei“ gehört auch der ehemalige Friseur und jetzige Bergspizel Becker aus Ensdorf, der schon anlässlich des „Bergfestes“, das Herr Kollmannsberger ausgerechnet für den französischen Nationalfeiertag plante, von sich reden machte.

Was sich in Ensdorf begab, wird im Saargebiet natürlich nicht ernst genommen. Das ist wohl auch nicht nötig. Wer solche Leuchten wie die Becker, Müller und Detemple in den Schaufenstern stellt, wird schwerlich Geschäfte machen. Das dürfte eigentlich auch Herr Richter, der allzu deutlich im Hintergrunde sichtbar ist, wissen. Mit seiner „Partei“ wird es ihm gehen wie mit all den Rördern, die er bisher ausgeworfen hat: es wird kaum ein anderer als ein magerer Fisch danach schnappen.

Man sollte eigentlich annehmen, daß Herr Richter mit seinen ständigen Gründungsversuchen endlich einmal Schluß machte, denn erreicht hat er bisher nichts, davon konnte er sich nach seinen öfteren blamablen Reinfällen eigentlich überzeugen. Wenn er trotzdem seine Versuche immer wiederholt, so erkennt man daraus, welchen Wert er einer solchen Organisation beimißt. Es soll die repräsentative Mannschaft sein, die er herausstellen will, wenn er Pariser Kontrolleuren sein weites Betätigungsfeld zeigt — Redensarten allein wirken anscheinend in Paris auch nicht mehr so recht. Man wird darum trotz der lächerlichen Gestalten, die dieses neue Richtersche Gebilde zieren, gut tun, auch hier die Augen aufzuhalten. Denn solche Mißgestalten, denen man im Saargebiet an sich keine Lebensmöglichkeiten zusprechen kann, beweisen plötzlich eine Lebensfähigkeit, für die man vergebens nach den Lebensästen sucht. Bis man ihre Quellen in der Alleestraße entdeckt.

Auf solche Schlußfolgerungen muß man auch kommen, wenn man jetzt vernimmt, daß in einer Zeit, da die deutsche Presse einen schweren Kampf um ihr Fortbestehen kämpfen muß, es dem Verband der Haus- und Grundbesitzer für das Saargebiet möglich gewesen ist,

eine neue Zeitung,

die sich „Tageblatt für das Saargebiet“ nennt, ins Leben zu rufen. Erscheinungsort ist Saarbrücken.

Die Herren Schmoll und Wagner, die während der Wahlen zum Landesrat den Strang der Regierungskommission zogen, haben nun also endlich ihre Belohnung. Denn es wird uns doch niemand weismachen wollen, daß die Hausbesitzer, die stets in steinerweichenden Tönen das Lied ihrer großen Not singen, die Millionen aufgebracht haben, die heute dazu gehören, ein Zeitungsunternehmen zu gründen. Offenbar waren hier „höhere Mächte“ am Werke, und es schwant uns, daß wir noch öfter werden gezwungen sein, zur Schreibweise des „Tageblatts“ etwas zu sagen.

Schutz den Wuchern!

Die Landwirtschaftskammer des Saargebiets, bekanntlich die Stelle, der Dr. Hector das Vertrauensvotum verdankt, das bei der Entscheidung über seine Wiederbestätigung in Genf eine nicht unbedeutende Rolle spielte, hat einen Aufruf „An alle Bauern des Saargebiets!“ erlassen, in dem sie auffordert, ihr alle Fälle schonungslosen Vorgehens des Sondergerichts und von Verhaftungen von Bauern wegen Wuchers (!!) mitzuteilen, da sie beabsichtige, eine Denkschrift über solche Verhaftungen, Strafverfolgungen und Verurteilungen von Landwirten wegen Preisüberschreitungen auszuarbeiten. Diese Denkschrift soll der Regierungskommission und der breiten Öffentlichkeit ein Bild geben von der — angeblich — eigenartigen Auffassung des Sondergerichts über den Begriff des Wuchers bei Landwirten.

Man muß des Wohlwollens von oben in ziemlich weitgehendem Maße sicher sein, wenn man den Schutz des Wuchers so offen propagiert. Es gehört schon eine ziemliche Dosis — nun, sagen wir mal —: Mut dazu, die Urteile des Sondergerichts gegen solche Landwirte, die sich nicht scheuen, die Not ihrer Mitmenschen auszunützen, um sich den Beutel zu füllen, als ungerechtfertigt hoch ansprechen zu wollen. Wenn z. B. jemand, der den Liter Milch mit 85 Centimes bezahlt nimmt, dafür 3000 Mark Geldstrafe bekommt, so ist das eine lächerlich niedrige Strafe, für die der unter diesem Wucher leidende Laie einfach kein Verständnis hat. Hoffentlich läßt sich das Sondergericht durch die „Dentschrift“ der Landwirte nicht beirren und geht gegen Schädlinge und Wucherer in Zukunft mit aller Strenge vor. Auch wenn Herr Dr. Hector etwa denken sollte: „Eine Hand wäscht die andere!“ und aus dem Gefühl der Verbundenheit heraus den freien Wucher Fordernden helfend beispringen würde — was ja immerhin nicht ganz ausgeschlossen ist im frei von allem Gewissenszwange regierten Lande an der Saar!

Da das Saargebiet in letzter Zeit zu einem Schlupfwinkel für Schieber, Spitzbuben und anderem Auswurf zu werden drohte, hat sich die Regierungskommission endlich veranlaßt gesehen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Wie gemeldet wird, bereitet sie eine Verfügung vor, nach der

nicht im Saargebiet geborene Personen,

die in der letzten Zeit zugezogen sind, um sich im Reichsgebiet strafrechtlicher Verfolgung oder Strafverbüßung zu entziehen, der Ausweisung verfallen. Die Verfügung wird damit begründet, daß durch derartige Elemente die Wohnungsnot erheblich verschärft werde. Das stimmt wohl im großen ganzen, und das Vorgehen der Regierungskommission könnte unserer restlosen Zustimmung gewiß sein, wenn wir die Gewißheit hätten, daß die Verfügung nicht politisch ausgemünzt wird und sich nicht nur einseitig gegen Reichsdeutsche wendet. In der Ankündigung ist auffälligerweise nur von Reichsdeutschen und mit keiner Silbe von Franzosen die Rede. Wenn die Saarregierung übrigens wegen der verfahrenen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt Gewissensbisse spüren sollte —: das französische Militär, das sich unter Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrags im Saargebiet aufhält, hat eine Menge Wohnungen beschlagnahmt — wie wäre es, wenn auch hier einmal aufgeräumt würde?! Das wäre dringend notwendig, denn noch immer sitzt das

französische Militär in Schulen,

die für den Unterricht notwendig gebraucht werden. Der Gemeinde Dudweiler ist es erst jetzt nach langem Bemühen gelungen, zu erwirken, daß wenigstens der Nordflügel des achtzehnklassigen Schulhauses von den Franzosen geräumt wird. Für die andere Hälfte des Schulhauses, die dem Militär vorläufig weiter verbleibt, wird vom 1. Oktober ab jährlich eine Miete von 2250 Franken gezahlt werden. Der Schade, der unserer Jugend dadurch erwächst, daß man ihr die Lehrräume, die sie braucht, vorenthält, kann aber durch Geld nicht aufgewogen werden.

Als eine Folge der gedrückten Wirtschaftslage ist eine ständige Steigerung der Arbeitslosenziffer im Saargebiet zu verzeichnen.

Das Arbeitsamt der Regierungskommission hat dem Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken deshalb mitgeteilt, daß es ausgeschlossen sei, die sich stark häufenden Gesuche um Einreisegenehmigung für auswärtige Arbeiter zu genehmigen. Der Gewerkschaftsbund fordert deshalb die Mitglieder der Gewerkschaften in Deutschland auf, bevor sie derartige Gesuche stellen, sich bei den zuständigen Organisationsleitungen im Saargebiet über die Verhältnisse zu erkundigen.

Da noch vielfach Unklarheit darüber besteht, wie

Reichswehrangehörige, die ins Saargebiet reisen wollen,

in den Besitz der Aufenthaltsgenehmigung gelangen können, seien die betreffenden Vorschriften hier mitgeteilt. Der Soldat hat sich an seine vorgesetzte Dienststelle zu wenden und bei dieser die Erwirkung der Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Die Truppenteile leiten die Gesuche zur weiteren Veranlassung der deutschen Militärpäckstelle in Koblenz zu. Im Interesse der rechtzeitigen Zustellung der Aufenthaltsgenehmigungen müssen die Anträge möglichst frühzeitig vor dem Urlaub gestellt werden, und zwar mindestens 14 Tage vor dem beantragten Reisetag. In besonders dringenden Fällen, z. B. bei Todesfällen in der Familie, kann die Einreise-Erlaubnis durch die Truppenteile telegraphisch bei der deutschen Militärpäckstelle beantragt werden. Militärpersonen, die sich ohne die vorgeschriebene Erlaubnis im Saargebiet aufhalten, haben zu gewärtigen, daß sie von den dortigen Besatzungsbehörden festgenommen und mit Gefängnis und Geldbuße bestraft werden. Es ist schließlich noch darauf hinzuweisen, daß im Saargebiet von deutschen Soldaten nur Zivilkleidung getragen werden darf.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Die Teuerungszahl für die Stadt Saarbrücken ist für den Monat November 1922 ohne Bekleidung mit 71 205, mit Bekleidung mit 86 902 errechnet worden. — Der Preis für das Markenbrot wurde erneut erhöht. Ein Vierpfundbrot kostet jetzt 400 Mark. — Die Straßenbahnfahrpreise stellen sich gegenwärtig auf 100 bis 500 Mark. Für eine Stadtkarte (Monatskarte) werden 27.000, für eine Reiskarte 36 000 Mark verlangt. — Gedächnistafeln für ihre im Weltkrieg gefallenen Mitglieder haben der Männerturnverein und der Ruderklub „Saar“ enthüllt. Die Tafel des Männerturnvereins verzeichnet 61 Namen. — In Burbach wurde die St. Eligius-Kirche künstlerisch ausgemalt. Die Arbeit lag in Händen des heimischen Dekorationsmalers Wilhelm Zimmer. — Eine furchtbare Bluttat, die in der Nacht zum 27. November im Hause Fröschengasse 10 begangen wurde, setzte die Stadt in Aufregung. Die Familie des Tuchhändlers Peter Neumann — Mann, Frau und zwei Kinder im Alter von 1 und 3 Jahren — wurde mit zerschmetterten Schädel tot aufgefunden. Als Täter wurde der 23 Jahre alte Bergmann August Weibel aus Medelsheim bei Zweibrücken ermittelt, ein Neffe der ermordeten Frau, der bei der Familie Neumann gewohnt hatte. Er war mit 120 000 Mark und 70 Franken, die er aus einem Schranke entwendet hatte, flüchtig gegangen, konnte aber schon am Tage nach dem Morde in einem Kino in Saarbrücken verhaftet werden. Weibel ist ein wiederholt wegen Diebstahls vorbestrafter Mensch, der auch schon in verschiedenen Irrenanstalten interniert war. Es ist also fraglich, ob er für seine grauenhafte Tat voll verantwortlich gemacht werden kann. — Als ein in einer Wirtschaft in der Deutschherrnstraße bedienstetes Mädchen den Mantel eines französischen Sergeantmajors, der auf einem Stuhle lag, an den Kleiderhaken hängen wollte, entlud sich die in der Manteltasche befindliche, anscheinend ungeführte Pistole des Franzosen, und ein Schuß durchbohrte den rechten Oberschenkel des Mädchens. Also ein weiteres Opfer des widerrechtlich im Saargebiet anwesenden französischen Militärs. — Ein in einer hiesigen Anstalt verwendeter Dampfkessel, der den gezielten Vorschriften nicht entsprach, explodierte. Bei dem Unfall wurde eine Arbeiterin leicht verletzt. Der Materialschaden beläuft sich auf 800 000 Mark. — Ein Kaufmann hat einem anderen Kaufmann 3½ Millionen Mark, die aus Nachnahmeforderungen vereinnahmt waren, unterschlagen und wurde damit flüchtig.

Böllingen. Ein historisch außerordentlich interessanter Fund wurde hier in der Wohnung eines Schneidermeisters gemacht. Als man ein seit Jahrhunderten in der Familie befindliches Bild auseinandernahm, fand man zwischen Bild und Rückwand zusammengerollt alte Handschriften, untergeschrieben und zum Teil eigenhändig geschrieben von Dr. Martinus Luther und Philippus Melancthon. Professor Dr. h. c. Ruppersberg aus Saarbrücken hat sich des wertvollen Fundes angenommen. — Die evangelische Kirchengemeinde hat beschlossen, ihr im Februar dieses Jahres durch Brand zerstörtes Gotteshaus wieder ausbauen zu lassen. Der Plan, eine neue Kirche zu errichten, ist der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wegen auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Sulzbach. Ein zu Ehren der gefallenen Krieger der Gemeinde von der Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf dem Friedhof errichteter Gedenkstein wurde in feierlicher Weise enthüllt. Er soll für immer die Erinnerung an die 455 Wachen halten, die aus Sulzbach nach den Schlachtfeldern des Westens und Ostens zogen und nicht wiederkehrten. — Als der Polizeiwachmeister Volk den 18 Jahre alten Fürsorgezögling Joseph Müller aus Neuweiler wegen gewerksmäßiger Schmuggelerei verhaften wollte, drang der junge Mensch mit blanker Waffe auf den Beamten ein, worauf dieser in der Notwehr einen Schuß abgab, der den Schmuggler niederstreckte.

Hühnerfeld. Die Köchlingsche Hütte legt gegenwärtig eine Gasleitung durch den Ort, um das in Altenwald hergestellte Gas in Böllingen verwenden zu können. — Der jugendliche Bergmann Jos. Gemmel wurde bei Ausübung seines Berufs in Bressfeld durch einen niederstürzenden Grubenstempel schwer getroffen. Mit einem Bruch des Kreuzes und anderen Verletzungen wurde er dem Krankenhaus in Fischbach zugeführt.

Friedrichsthal. Das am Markt gelegene Kaffee Neuhof ging zum Preise von 180 000 Franken in den Besitz der französischen Verwaltung über. Es ist beabsichtigt, in dem Hause eine französische Schule zu errichten. — Die katholische Pfarrgemeinde weihte in einem feierlichen Gottesdienst drei neue Glocken, die an Stelle der während des Krieges abgelieferten beschafft wurden. Die Glocken sind aus Bronze und wiegen zusammen etwa 30 Zentner. Sie wurden „Gefallenenglocke“, „Barbaraglocke“ und „Königfranzösinenglocke“ genannt.

St. Ingbert. Im St. Ingberter Betrieb der Vereinigten Bopolius- und Wenzelschen Glashütten kam ein Großfeuer aus, das

besonders im Dellager Nahrung fand. Außer dem Vorrat des kleinen Materiallagers fiel dem Brande auch ein Posten versandfertigtes Fensterglas zum Opfer. Da Wassermangel herrschte, waren die Löscharbeiten, zu denen außer den Wehren der umliegenden Ortschaften auch die Saarbrücker Feuerwehr mit einer Motorspritze herbeigeeilt war, erheblich erschwert. Als Dank für ihr tatkräftiges Eingreifen wurden den St. Ingberter Feuerwehren je 20 000 Mark für ihre Unterstützungskassen von der Bopeliusglashütte überwiesen. — Eine saarpfälzische Geflügelausstellung fand hier statt, die ein günstiges Bild vom derzeitigen Stand der Rassegeflügelzucht in den Bezirken Homburg und St. Ingbert bot. Die goldene Medaille wurde Herrn Ludwig Sam-St. Ingbert zuerkannt.

Blieskastel. Das in der Neufstraße gelegene, dem früheren Geschäftsmann Franz Legrom gehörige Wohnhaus wurde von dem Eisenbahngelbesen Eugen Hot aus Webenheim für 8000 Franken erworben.

Neunkirchen. Die Zahl der wohnungslosen Familien beträgt nach der letzten Feststellung 479. Unterkunft suchen 2886 Personen. — Im Gefellenhaus wurde für die gefallenen Mitglieder des katholischen Gefellenvereins eine Gedenktafel enthüllt. — Auf der Kotsanlage verunglückte der Hüttenarbeiter Jakob Schmidt 3 in Ausübung seines Berufes so schwer, daß er wenige Stunden darauf an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb.

Wellesweiler. In der evangelischen Kirche wurde eine Gedenktafel für die im Weltkrieg Gefallenen angebracht, die ein Geschenk des Kaufmanns und Elektrotechnikers Karl Müller ist und 63 Namen trägt. — Das in der Glockenstraße liegende Anwesen des pensionierten Bergmanns Peter Wendel ging durch Kauf zum Betrage von 12 500 Franken in den Besitz des Eisenbahnschlossers Ludwig Rohrbach aus Oberberbach über. Wendel hat in Senheim bei Darmstadt ein Restaurant erworben. Ein anderes Gebäude, das dicht neben der evangelischen Kirche stehende Wohnhaus (mit großem Garten und Hintergebäude) des Rentners Friedrich Lauer, brachte 26 000 Franken. Es wurde von dem Elektrotechniker Karl Müller erworben.

Wemmersweiler. Das elektrische Ortsnetz der Gemeinde ist nach einjähriger Bautätigkeit in Betrieb gesetzt worden.

Ottweiler. Die Arbeiter der Chamottefabrik haben eine Sammlung unter sich veranstaltet, die die hübsche Summe von 22 000 Mark einbrachte. Der Erlös wurde neun Witwen, deren Männer nach langjähriger Arbeitszeit bei dem genannten Werke gestorben sind, als Weihnachtsgabe ausgehändigt.

Wiesbach. Hier ereignete sich ein gräßlicher Unfall, der zwei blühende Menschenleben forderte. Der etwa 25 Jahre alte Schlosser Eduard Schmitt war mit seinem 22jährigen Bruder Peter mit Anlegung einer Abflußröhre beschäftigt. Die Röhre soll bei einem Althändler gekauft worden sein und war verstopft. Da man glaubte, in dem Rohr sei nur Sand, wurde es angewärmt, um es leichter zu reinigen. Kaum war das geschehen, explodierte es unter fürchterlichem Knall, wobei die beiden Brüder so schwer verletzt wurden, daß der Tod sofort eintrat.

Dirmingen. Der im Februar 1915 in russische Gefangenschaft geratene Landsturmann Helmes von hier hat jetzt an seine Frau eine Karte geschrieben, auf der er mitteilt, daß er noch lebt und in nächster Zeit zurückkehren werde. Es fehle ihm nur an Geld für die Heimreise. Die ehemaligen Kameraden des Helmes haben in Dirmingen und auf der Grube eine Geldsammlung veranstaltet, um ihm die Heimreise aus Sibirien zu ermöglichen. Frau Helmes hatte seit dem Jahre 1915 nichts mehr von ihrem Manne gehört.

St. Wendel. Der Kaufmann S. Stern, Inhaber der Firma A. Wolff, überwies der Stadtverwaltung 100 000 M. zur Unterstützung Notleidender. Zum selben Zwecke spendete auch der Kaufmann H. Wildmann 10 000 M.

Saarwellingen. In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die hiesige Gemeinde. Wie der Bürgermeister in der letzten Gemeinderatsitzung mitteilte, ist man nicht imstande, die Löhne für Holzfällungsarbeiten im Gemeindewald zu zahlen, da die erforderlichen Markbeträge nicht vorhanden (?) sind. Die Gemeindevertreter haben deshalb beschlossen, den Vorsitzenden zu beauftragen, bei der Regierungskommission die Genehmigung zur Umwechslung von Frankenbeträgen nachzusuchen.

Merzig. Das Wohnhaus des Anstreichers Kiefer in der Kaiserstraße, das in Besitz des Fr. Gieser war, ist an einen französischen Zollbeamten, der eine Merzigerin zur Frau hat, aus freier Hand für einen hohen Preis verkauft worden.

Büdingen. Herr Nikolaus Weber aus Chicago, ein Onkel der Familien Dollwet-Büdingen und Biermann-Schwemlingen, hat der Pfarrkirche in Büdingen und der Kapelle in Weiler zusammen 1000 Dollar gespendet. Die Summe, nach dem gegenwärtigen Kursstande etwa 8 Millionen Mark, soll zur Beschaffung von neuen Glocken, einer Orgel und einer Uhr für die Kirche in Büdingen dienen, während die Kapelle in Weiler einer Renovierung unterzogen wird. — Auch die Kirche in Schwemlingen hat von dem hochherzigen Spender 30 Dollar erhalten.

Die Verelendung Deutschlands

macht auf allen Gebieten riesenhafte Fortschritte. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit führt einen erbitterten Kampf ums Dasein, muß aber zu der Erkenntnis kommen, daß es dennoch immer mehr abwärts geht. Noch trostloser ist

die Lage im Saargebiet.

Die Not steigt ins Ungemessene. Freude darüber empfinden nur die Schieber und Bucherer und die Saarregierung, erstere wegen der materiellen, letztere wegen der politischen Vorteile, die sie für

die französische Annexion

zu erlangen hofft.

Um so kräftiger müßte die deutsche Abwehr sein. Die materielle Not läßt diese im Saargebiet allmählich erlahmen, da eine Position nach der anderen wegen Entkräftung der Kämpfer zu wanken droht. Und im unbefestigten Deutschland vergift man leider zu leicht die große politische Gefahr, die dem Saargebiet droht, in der Sorge um die eigene materielle Not. Der „Saar-Verein“ versucht mit allen Kräften, die Ueberzeugung zu verbreiten, daß trotz allem

das Saargebiet nicht vergessen

werden darf. Dazu bedarf es aber finanzieller Hilfe, die, je weiter die Entwertung der Mark, die Teuerung voranschreitet, um so größer sein müßte. Leider ist das nicht der Fall. Nur mit größter Mühe sind die notwendigsten Gelder aufzubringen, die uns von privater Seite zufließen. Wir müssen uns so weit wie möglich einschränken. Leider sehen wir uns gezwungen, diese Einschränkung auch auf den

„Saar-Freund“

auszudehnen, der bei der kolossalen Steigerung der Herstellungs- und Papierkosten leider in dem bisherigen Umfange und der bisherigen Aufmachung nicht mehr erscheinen kann. In der Hoffnung, daß es sich nur um eine vorübergehende Zwangslage handeln wird, müssen wir von der Veröffentlichung von Bildern absehen, auch müssen wir den Umfang zunächst um 25 Prozent einschränken und ferner eine gewöhnlichere Sorte Papier verwenden. Aber auch bei dieser Aufmachung kann der „Saar-Freund“ nur erscheinen, wenn unserer Bitte um einen

freiwilligen Bezugspreis

von 50 M. — heute müssen wir schon sagen von 100 M. — in weitestem Umfange entsprochen wird. Den Ortsgruppen wird es ferner obliegen, sich nunmehr ernsthaft an der Aufbringung der Kosten für unsere Zeitschrift zu beteiligen. Wenn alle diese Mahnungen nichts helfen, sehen wir uns leider — zum Nachteil unserer großen Aufgaben — gezwungen

das Erscheinen des „Saar-Freund“ einzustellen.

Die dringende Bitte um einen sichtbaren Beweis unseres Willens, für die Deutscherhaltung des Saargebietes mit allen Kräften und Mitteln einzutreten, muß jetzt ernsthaft beachtet werden, oder wir alle tragen Schuld daran, wenn unsere Saargebietsarbeit durch den Fortfall der außerordentlich segensreichen Wirkungen des „Saar-Freund“ eine wesentliche Beeinträchtigung erfahren muß.

Schnelle Hilfe tut dringend not!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Schriftleitung und Verlag des „Saar-Freund“.

Von der Altershilfe.

Die Sammlungen für die „Altershilfe“ im Saargebiet haben zum Teil ganz erhebliche Summen erbracht — ein für unsere Landsleute an der Saar, die oft selbst nicht auf Rosen gebettet sind, sehr ehrendes Zeichen. Aus den uns bekannt gewordenen Ergebnissen geben wir im nachstehenden die wichtigsten Zahlen wieder.

In Saarbrücken ergab die Straßensammlung an einem Sonntag 2040 000 Mark. Die Ursulinschule überwies aus dem Ertrag eines Konzerts 162 000 Mark. Die Regierungsmitglieder Rault, Dr. Hector und Lambert zeichneten je 50 000 Mark.

Aus dem Kreise Merzig werden folgende Summen genannt: Merzig-Stadt: Hausammlung 383 587 Mark, 111,50 Franken, Sammlung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe 170 000 Mark, Gesamtergebnis 601 557 Mark und 113,70 Franken; Merzig-Land: 140 056 Mark, 70,50 Franken, 36 Zentner Kartoffeln; Bürgermeisterei Hausstadt: 347 115 Mark, 128 Franken, 50 Zentner Kartoffeln, 5 Zentner Obst; Bürgermeisterei Mettlach: 320 000 Mark, 25,50 Franken; Bürgermeisterei Hilbringen: 112 023 Mark, 48 Franken. — Die Firma Karcher, Bettingen, hat dem Kreisausschuß 100 000 Mark überwiesen, die Firma Billeroy u. Boch 1 Million Mark. Die Angestellten und Arbeiter der Firma Neuburg in Merzig haben 12 000 Mark gespendet, wozu die Firma ihrerseits noch 30 000 Mark hinzugefügt hat.

In St. Wendel bewilligte die Stadtverordnetenversammlung den Betrag von 1 Million Mark. Die Beamten und Angestellten der Stadt beschloßen, einen halben Tagelohn abzutreten.

Bei der Sammelstelle Bezirksamt Homburg sind 532 000 Mark und 225 Franken eingegangen.

Fraulautern meldet als Endergebnis 2 687 000 Mark.

In Dillingen wurden nach der ersten Sammlung 1 191 797 Mark und 1237,50 Franken gezählt.

Wallerfangen hat neben barem Geld auch Naturalien gesammelt. 125 032 Mark und 1897 Franken sowie 32 Zentner Kartoffeln und viele andere Lebensmittel waren das Ergebnis.

Die vorstehenden Resultate sind nur Teilergebnisse. Ein abschließender Ueberblick läßt sich noch nicht geben.

Deutsche Hilfe für das Saargebiet.

Eine Kartoffelspende für die Kriegsbeschädigten des Saargebiets wurde von den Erzeugerorganisationen und den reichsdeutschen Kriegsbeschädigtenverbänden in die Wege geleitet und durch einen ehrenamtlichen Ausschuß unter Leitung des Herrn Heder-Frankfurt a. M. durchgeführt. Von den landwirtschaftlichen Verbänden des Reiches wurden etwa 18 000 Zentner, von den Raiffeisen-Organisationen der Pfalz etwa 3000 Zentner gespendet. Die Firma Köchling und die Firma Stumm stifteten für die Spende je 500 000 M. Die Beförderung der Liebesgabe erfolgte auf den Reichs- und Saarbahnen frachtfrei. Nur die französische Zollverwaltung versuchte den beabsichtigten Zweck zu hintertreiben, indem sie die sogenannte statistische Gebühr von mehreren Tausend Franken erhob und die Kartoffeln dadurch so erheblich belastete, daß sie den gewollten Charakter einer Liebesgabe verloren hätten. Hier griff bemerkenswerter Weise die Wohlfahrtsabteilung der Saarregierung ein, die die Kosten aus Fürsorgemitteln übernahm.

Reintner und Kriegsoffer sind im Saargebiet die geschlagensten Leute. Die völlig unzureichenden Unterstützungssummen, die an sie ausgezahlt werden, reichen bei weitem nicht aus, auch nur die notwendigste Lebensnotdurft zu bestreiten. Die Spende war deshalb eine Tat, für die jeder, der des Saargebiets Not kennt und mit ihm verbunden ist, allen, die an ihrem Zustandekommen beteiligt waren, nur wärmsten Dank wissen wird.

Deutscher Bienenzucker für das Saargebiet. Zur Versorgung der Imker des Saargebietes mit Bienenzucker hat das Reich auf die Vorstellungen der Saarbrücker Handelskammer 600 Doppelzentner Zucker zur Ausfuhr nach dem Saargebiet freigegeben. — Außerdem wurden für das Saargebiet 10 000 Tonnen Stroh und 6000 Tonnen Futterrüben als Jahreskontingent für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 29. Juni 1923 freigegeben.

Rheinlandhilfe für Saarbrücken. Der hiesigen Stadtverwaltung ist von der Landesbank der Rheinprovinz ein Kredit von 10 Millionen Mark angeboten worden, und zwar zu einem verhältnismäßig günstigen Zinsfuße. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde dieser Kredit angenommen. Der Beschluß unterliegt jedoch der Bestätigung durch die Saarregierung.

Personalnachrichten.

Aus der Landesverwaltung. Regierungsssekretär Kloß, bisher bei der Regierungskommission, Abteilung Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, ist als Oberssekretär an die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalt in Merzig versetzt worden. — Polizeidirektor Postetter, früher in Saarbrücken und danach vorübergehend Polizeiverwalter in Duisburg, wurde zum stellvertretenden Regierungspräsidenten in Köln ernannt.

Aus Kreis- und Gemeindevertretungen. In den Kreistag Ottweiler trat für den Dr. ing. Eberbach, der auf die Ausübung seines Mandats verzichtet hat, Seminarlehrer Löffler von der Deutsch-Demokratischen Partei ein. — Als Stadtverordnete in Neunkirchen wurden verpflichtet Maschinensteiger Gerald H. Heintz (an Stelle des von Heintz nach Neunkirchen verzogenen und dadurch ausgeschiedenen Stadtv. Jäder, Zentrum) und Anstreichermeister Bartholomae (an Stelle des Beigeordneten Wille, Sozialdemokratische Partei, der sein Amt niedergelegt hat).

Von der Eisenbahn. Im Direktionsbezirk der Saar-Eisenbahnen wurden versetzt: Betriebswerkmeister Friedrich Abs von Saarbrücken als Dienststellenvorsteher nach Völklingen, Unterassistent Ritter von Saarbrücken nach Homburg, Reservelokomotivführer Schmeer von Saarbrücken nach Völklingen, Lokomotivheizer-Anwärter Reihdorf und Leiberger von Saarbrücken nach Bous, Lokomotivführer-Anwärter Karl Schneider, Friedrich Müller und B. Klauß von Saarbrücken nach Dillingen, Werkstättenvorsteher Klemmer von Dillingen als Dienststellenvorsteher nach Homburg, Reservelokomotivführer Karl Schneider von Saarbrücken nach St. Ingbert, Magazinaufseher Oster von Saarbrücken nach St. Wendel und Scheyer von Burbach nach Saarbrücken H.-B.

Aus dem Schulleben. Der bisherige kommissarische Kreisschulrat Heintz (Kreis Ottweiler) ist endgültig zum Schulrat ernannt worden. — Schulrat Weber aus Merzig siedelte in gleicher Eigenschaft nach Saarbrücken über. — Einstweilig angestellt wurden folgende Lehrer und Lehrerinnen: Bruno Pessel in Merzig, Oskar Thiel in Alsbach, Hans Meyer in Saarbölzbach, Josef John in Hargarten, Anton Schumacher in Remmesweiler, Karl Prinz in Spiesen, Leo Fandel in Grelaubach, Franz Augustin in Lebach, Georg Collet in Saarlouis, Johanna May in Kölln; endgültig angestellt wurden: Karl Wagner in Ludweiler, Hans Huber in Scheuern, Johann Tabellion in Hostenbach. — Versetzt wurden: techn. Lehrerin Berta Umlauf von Sulzbach nach Brebach, Mittelschullehrer Peter Thomas von Saarbrücken als Lehrer nach Wehrden, die Lehrer Albert Müller von Heiligenwald nach Neunkirchen, Rudolf Eich von Leopoldsthal nach Dillingen, Ferdinand Leineweber von Dillingen nach Leopoldsthal, Johann Schmitt von Illingen nach Neunkirchen, Matth. Altmeyer von Saarwellingen nach Ensdorf, Nikolaus Bohr von Ensdorf nach Griesborn, Ludwig Graeber von Knausholz nach Bous und die Lehrerinnen Maria Walle von Neunkirchen nach Hüttigweiler, Katharina Meiser von Schiffweiler nach Uchtelfangen, Katharina Stuppe von Uchtelfangen nach Schiffweiler, Maria Widdem von Steinbach nach Schwalbach, Katharina Speicher von Schwalbach nach Steinbach, Maria Bück von Alfthorweiler nach Bieken, Maria Spinnenweber von Welschbach nach Saarwellingen und Maria Andler von Hüttigweiler nach Dillingen. — Aus dem Schuldienst ausgeschieden sind: die Lehrer Matth. Bed in Friedrichsthal, Andreas Ruffing in Neunkirchen und Johann Briß in Lebach sowie die Lehrerinnen Anna Adler in Dillingen, Helene Busse in Hüttlingen, Katharina Laur in Sulzbach, Dorothea Margardt in Landsweiler, Maria Eifel in Bieken, Elisabeth Fetz in Merzig, Maria Ehlen in Gilsenbach, Long Beisiegel in Herrensohr, Katharina Rahn in Saarwellingen und Else Ludwig in Schwalbach.

Berufsjubiläen. Das Jubiläum seiner 35jährigen Mitgliedschaft bei der freiwilligen Feuerwehr in Neunkirchen feierte Schneidermeister Chr. Ritter. — 25 Jahre bei derselben Firma tätig war der bei der Kohlenhandlung Karl Michler in Saarbrücken 2 beschäftigte Jakob Keller.

Ehejubiläen. Das Fest der Goldenen Hochzeit feierten die Ehepaare Drechslermeister Karl Brandt und Frau Sophie, geb. John, in Saarbrücken und Jakob Hauth und Frau, geb. Schönwald, in Homburg. Silberne Hochzeit begingen Bahnbediensteter Friedrich Stein und Frau Anna, geb. Gehhardt in Erbach, Adjunkt Hellenthal und Frau in St. Ingbert, Zugführer Heinrich Hery und Frau Wilhelmine, geb. Huber, in Homburg.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Eine erhebende Kundgebung für die Deutscherhaltung des Saargebietes fand am Sonnabend, dem 25. November, abends 7½ Uhr, in Röttgers Kaiseraal zu Goslar statt, veranstaltet von der Harzer Gruppe des Bundes „Saar-Verein“ in Goslar unter Mitwirkung der Goslarer Bergkapelle, des Männergesangsvereins Arion, der Bergmännischen Liedertafel Konstanza und des Männerturnvereins in Goslar. Nach dem Vortrag des bekannten Militärmarsches „Alte Kameraden“ hielt der Vorsitzende der Harzgruppe des Bundes „Saar-Verein“, Herr Oberberggrat Bellingner, die Begrüßungsansprache, indem er zunächst den Inhalt eines Schreibens des Herrn Regierungspräsidenten Dr. jur. von Halfern-Hildesheim bekanntgab, in welchem dieser für die freundliche Einladung herzlich dankte, seinem Bedauern, ihr nicht Folge geben zu können, Ausdruck gab und der Veranstaltung selbst seine besten Wünsche überlieferte. Herr Oberberggrat Bellingner führte dann ungefähr folgendes aus: „Gedenket des Schmachfriedens von Versailles“ mahnt die Kupfertafel am Achtermann, wenn nicht die einzige, so doch die erste ihrer Art in Deutschland, Goslars Einwohner und alle diejenigen, welche die 1000jährige ehrwürdige Stadt betreten. Sie soll ihnen nach dem Willen ihres Stifters immer und immer wieder ins Gedächtnis rufen, was dieser gegen Recht und Gerechtigkeit, gegen Treu und Glauben gefällte Fehlspruch Deutschland an Schmach und Schande, an Not und Jammer gebracht hat und in wachsendem Maße bringt. Nach neuesten Nachrichten will Frankreich schon heute, die Notlage des Deutschen Reiches ausnützend, die Saarbergwerke entgegen dem Wortlaut des Friedensvertrages, unwiderruflich in seinen Besitz bringen. Hier Aufklärung zu schaffen, ist ein Zweck des Bundes Saarverein. Das schöne Land an der Saar allen deutschen Männern und Frauen nahebringen, daß sie es schätzen und lieben, daß sie es in seiner Bedeutung erkennen lernen und daß jeder sich bewußt wird: eigener Vorteil will es, daß dieses Land dem deutschen Vaterlande erhalten, der Franzose vom Rhein ferngehalten wird. Daß das Saarovolk durchhalten wird, des sind wir sicher und das wurde mir vor wenigen Monaten gelegentlich des preußischen Städtetages hier im Brustuch vom Saarbrücker Oberbürgermeister und zwei seiner Stadtverordneten, sowie lezhin gelegentlich eines Besuches meiner alten Wirkungsstätte an der Saar bestätigt. Aber das Saargebiet soll auch wissen, daß Alldeutschland hinter ihm steht. Der Bund Saarverein will alle die sammeln, denen es Herzensbedürfnis ist, unseren deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar, aber auch im besetzten Rheinland und in allen abgetretenen Gebieten zuzurufen, wir vergessen euch nicht, wir stehen zu euch in eurem Kampfe um die Rückkehr zum Vaterlande und um die Erhaltung eures Deutschtums. Da darf auch der Harzer nicht zurückstehen, und er wird dies um so weniger tun, wenn er weiß, daß dort an der Saar viele Harzer Bergleute vor Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden haben und noch heute mit Kindern und Enkeln an ihrer Stammesart treu festhalten. — Die Einführung der Frankenwährung und andere Umstände haben, noch weit mehr wie im übrigen Deutschland, bitterste Not im Saargebiet unter einem großen Teil der auf die Mark angewiesenen Bevölkerung hervorgerufen. Immer noch werden gerade auch Arbeiter brotlos gemacht oder ausgewiesen, die ihre deutsche Gesinnung wahren und offen bekennen. Hier will der Bund Saarverein helfend einspringen, soweit es seine Mittel gestatten, und er hat schon manches Gute gestiftet! — Aber noch ein Letztes und Höchstes will der Bund Saarverein. Um Hohes und Heiliges wird an der Saar, im besetzten Rheinland und in allen unseren Grenzmarken gekämpft, um die Erhaltung deutscher Art und die Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland. Wie unsere deutschen Brüder im Osten und Norden gegen Polen und Dänen haben stets zusammengestanden, werden auch zusammenstehen alle treuen Saarländer ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses gegen französische Verwelschungs- und Losreißungspläne. Hier können sie uns, im unbezetzten Gebiet, die wir viel weniger wie sie unter dem Druck des Schmachfriedens und seinen Folgen leiden, Vorbilder und Mahner sein: Vergesst wenigstens zeitweise die Nöte der Zeit, euren traurigen Parteihader und findet euch wie wir zusammen in dem Einen, das euch allen in erster Linie am Herzen liegt, in der Liebe zu eurem deutschen Volkstum, zu eurem großen deutschen Vaterlande!“ Nach einem mit großem Erfolg vorgetragenen Gesangsstück des Männergesangsvereins Arion hielt Herr Verwaltungsdirektor Vogel vom Bund „Saar-Verein“ in Berlin einen fast fünfstündigen Vortrag über „Das Saargebiet unter französischer Fremdherrschaft“, in welchem er die Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes eingehend behandelte, um dann die Leiden zu schildern, die die Saargebietsbevölkerung seit der Be-

setzung durch die französische Militärgewaltherrschaft und die ihre Politik fortsetzende Saarregierungscommission, dem Treuhänder des Völkerbundes, durchzumachen hat. Besonders eingehend kam er auf die Verstöße dieser Saarregierungscommission gegen die Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles über das Saarbeden zu sprechen, um dann auf den Kampf der Saarbevölkerung ihrer Rechte näher einzugehen und vor allen Dingen die Tätigkeit der sogenannten Genfer Delegation und ihre Behandlung durch den Völkerbund zu schildern. Den Schluß des Vortrages bildete ein warmer Appell zur Einigkeit und Einmütigkeit an die Bevölkerung des nichtbesetzten Deutschen Reiches. Stürmischer Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen, nach deren Schluß das alte Harzer Bergmannslied „Glück auf, ihr Bergleute“ jung und alt erklang. Gemeinschaftliche Saarlieder wechselten dann mit wundervollen turnerischen Vorführungen der Jugendgruppe und der Damenabteilung des Turnvereins ab, während die hervorragenden Leistungen der beiden Gesangsvereine ebenfalls mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. In der Schlußansprache dankte Herr Oberberggrat Bellingner von ganzem Herzen allen, welche zu dem guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen hätten, indem er auf die vielfachen Beziehungen hinwies, die gerade der Harz mit dem Saargebiet gemeinsam habe. Er knüpfte hieran die herzliche Bitte, die Bestrebungen des Bundes „Saar-Verein“ mit allen Kräften weiter unterstützen zu wollen, die einzig und allein der Erhaltung und Stärkung des deutschen Volksbewußtseins und so unserem jetzt geknechtet darniederliegenden, aber um so heißer geliebten deutschen Vaterlande dienen. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und dem stehend gesungenen Liede „Deutschland über alles“ schloß der Abend.

Aus der Ortsgruppe Hannover. Am 16. 11. hatte die Ortsgruppe Hannover des Bundes „Saar-Verein“ zu einem Lichtbildervortrag über das Saargebiet nach der Aula der Präparandenanstalt am Bonifatiusplatz eingeladen. Der Vorsitzende, Polizeiobersekretär Heinrich, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieber und Gönner der Saarheimat. In liebenswürdiger Weise stellte sich Kaplan Gregor Holz mit dem Lichtbildapparat des katholischen Jünglingsvereins zur Verfügung und ermöglichte es, den Erschienenen die schönen Bilder des idyllischen Saartales vorzuführen. Als Vortragenden hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin Herrn Karl Dmmerl entsandt. Die Anwesenden folgten mit Interesse den Erläuterungen des Vortragenden, der am Schluß des Vortrages einen warmen Appell an alle Deutschen des nichtbesetzten Gebietes richtete, mitzuhelfen an der Deutscherhaltung des Saargebietes und an der Unterstützung der dort in Not lebenden Markempfänger. Die Gesangsabteilung der Schutzpolizeibeamten, die sich ebenfalls in den Dienst der guten Sache gestellt hatte, wurde leider im letzten Augenblick durch Alarm verhindert, ihre Lieder vorzutragen. Dafür gab ein Mitglieber der Ortsgruppe Hannover einige sehr gut vorgetragene Orgelkonzertstücke zum besten. Ebenso sprach Fräulein Neff einen sehr wirkungsvollen Prolog. — Der Abend kann als voll gelungen bezeichnet werden und hat jedenfalls dazu beigetragen, Aufklärung über die Verhältnisse in dem bedrängten Saargebiet zu bringen.

Am 2. Dezember trafen sich die Mitglieder der Ortsgruppe Hannover in einem Familienabend, dem zweiten, da der erste so gut angesprochen hatte. Die Beteiligung war erfreulicherweise sehr rege und die Stimmung vorzüglich. Zur Verschönerung des Festes trug die Gesangsabteilung der Schutzpolizei wesentlich bei, die gut gewählte Chöre zum Vortrag brachte. Fräulein Erytropel, eine Verwandte des früheren Kommandeurs der reitenden Abteilung in St. Arnual, sprach Gedichte. Man ließ ihr gern das Ohr. Zu einer Verlosung hatte eine Anzahl hannoverscher Firmen reichlich gespendet; besonders genannt zu werden verdient die Schokoladenfabrik Sprengel und die Geschäftsbücherfabrik Edler u. Krißke sowie ein bekanntes Unternehmen des Saargebiets, das aber aus bestimmten Gründen nicht mit Namen angeführt sein will. 260 Haushaltungsgegenstände, Bücher und viele Tafeln Schokolade waren zu gewinnen. Der Reinertrag der harmonisch verlaufenen Veranstaltung soll zur Vinderung der Not der Markempfänger verwendet werden.

Ortsgruppe Halle a. S. In der Donnerstag, den 23. Oktober, stattgefundenen Vorstandssitzung in Gemeinschaft mit dem engeren Ausschuss wurde beschlossen, das diesjährige Weihnachtsfest des Vereins nur im internen Kreise, d. h. nur unter den Mitgliedern und geladenen Gästen zu feiern. Das aufgestellte Programm ist sehr reichhaltig und verspricht allen Teilnehmern einen würdigen Abend. Des weiteren hat der Vorstand beschlossen, am Totenfest die auf den hiesigen Friedhöfen beerdigten Saarbrücker Landsleute zu ehren, aus welchem Grunde der 1. Vorsitzende an diesem Tage auf dem Süd- und Nordfriedhof je einen Kranz mit Schleife niederlegte mit der Inschrift „Unseren Landsleuten, Saar-Verein, Ortsgruppe Halle a. S.“. Der Kranz auf dem Nordfriedhof wurde am Grabe des Unteroffiziers Friedrich Maurer, welcher während

des Krieges im hiesigen Lazarett seinen Verwundungen erlegen ist, mit einer schlichten Feier niedergelegt. Der Vorstand hat beschlossen, sich nach Möglichkeit mit den Angehörigen in Verbindung zu setzen, um die weitere Pflege des Grabes zu übernehmen; vielleicht dienen diese Zeilen dazu, daß ein Saardeutscher uns die Adresse der Angehörigen des Unteroffiziers bekanntgibt, damit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Die Ortsgruppe Berlin im Bunde „Saar-Verein“ war löblichem Beispiel anderer Gruppen gefolgt und hatte ihre Mitglieder für den 29. November zu einem geselligen Abend saarabischer Art nach dem „Spatenbräu“ gebeten. Der Ruf aus Berlin war sogar bis gen Sachsen und in die Dausitz gedrungen: Herr Seßter aus Leipzig und Herr Becker aus Cottbus (der gleich mit Frau und zwei weiteren Cottbuser Saargebietlern angerückt war) überbrachten die Grüße ihrer Ortsgruppen. Direktor Vogel dankte ihnen im Namen der Berliner Gruppe und der Geschäftsstelle und sprach dazu manch gutes saardeutsches Wort. Einige bekannte und verdiente Politiker aus dem Saargebiet, die der Wind ebenfalls in das „Spatenbräu“ geweht hatte, ergänzten, was er gesagt hatte, vom heimischen Standpunkte und schilderten die seelische und kulturelle Not, in der man daheim leidet. Und nach so ernstem Tun folgte dann Unterhaltendes und Heiteres. Die Damen Lehmann sangen — sehr fein! — Lieder zur Laute: Löss, Volkslieder und einen Saarsang, den Herr Köller geschaffen hatte, der sich mit Herrn Labbé, der Heiteres und Ernstes aus dem „Saar-Kalender“ las, in den Ruhm um das Gelingen des Abends teilte. — Hoffen wir, daß der gemütliche Abend auch einen finanziellen Erfolg hinterließ, damit die Ortsgruppe Berlin nicht anderen Ortsgruppen im Reich mit ihrem klingenden Ergebnis zum Besten unserer notleidenden Brüder und Schwestern im Saargebiet nicht den Vorrang lassen muß.

Kalender

für Veranstaltungen und Versammlungen des Bundes „Saar-Verein“ und ihm angeschlossener und nahestehender Vereine.

Für diese Rubrik müssen die Einsendungen der Ortsgruppen möglichst 4 Wochen vor der betreffenden Veranstaltung der Schriftleitung vorliegen.

Ortsgruppe Berlin. Die Einladungen zu unseren Veranstaltungen ergehen in Zukunft nicht mehr durch die Post; sie werden nur noch im „Saar-Freund“ veröffentlicht.

Ortsgruppe Bottrop. Dienstag, den 26. Dezember, nachmittags 4 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal Mainz. Anschließend Weihnachtsbescherung der Kinder. Jeder muß erscheinen!

Ortsgruppe Bochum. Sonntag, den 17. Dezember, Weihnachtsfeier im Lokale des Landesmanns Strauch, Hattinger Straße. Musik, Gesangsvorträge und Verlosung. Anschließend Tanzkränzchen.

Ortsgruppe Hannover. Jeden 3. Donnerstag im Monat, abends 8 Uhr, Versammlung im Landesheim, Volgersweg 61, Zimmer 2.

Ortsgruppe Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1923, abends 8 Uhr, in der Ratsstube des Burgstellers Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes, Rassenbericht. Anschließend hält ein Mitglied des Vereins einen Vortrag über ein hochinteressantes Thema.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-183
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu fulanten Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und
Fälligkeiten erforderlich.

Saarheimat-Bilder

aus Stadt und Umgebung

*

Saarheimat-Kunstblätter

in Groß-Formaten

*

Saarheimat-Kalender

als Wandschmuck mit Block und Bild

*

Alt-Saarbrücken seit Merian 1624

Faksimile-Reproduktionen alter Städte

Auswahlsendungen bei Zusicherung umgehender
Rücksendung und Entnahme von M. 2000 ab

Aug. Rupp, Berlin NW. 87
Reußelstr. 76 II Eckaufgang

Ausschneiden!

Wer an Asthma, Husten, Luftröhren, Rheumatismus, Rücken-
schmerzen, Unterleibsleiden, Gicht, Lähmung, Krämpfe, offenen
Beinen, Fallsucht, Regellörung und Augenschmerzen leidet,
wende sich vertrauensvoll an mein

Elektro-Homöopathisches Naturheil-Institut

Frankfurt-Bodenheim, Leipziger Str. 96, Ecke Marburger
Straße 1. Behandlung aller inneren und äußeren Krank-
heiten, wenn auch noch so alt. Viele Dankschreiben von
nah und fern liegen jedem Besucher zur Einsicht offen.
Sprechstunden täglich von 8-12 vormittag, 2-6 nachmittag.
Sonntags nur 8-12 Uhr vormittags.

Augendiagnose.

Direktor M. Guthörl.

An unsere Leser!

Die verspätete Herausgabe der Weihnachtsnummer des „Saar-Freund“ erklärt sich aus der plötzlichen Umgestaltung, die leider notwendig wurde durch die erhebliche Steigerung aller Herstellungskosten. Die als gemeinsame Weihnachts- und Jahresnummer vorgesehene Nummer mußte daher fallen gelassen werden, so daß wir bereits die Nummer vom 15. d. Mts. als Weihnachtsnummer herausgeben mußten. Wir bitten wegen dieser Verzögerung um Entschuldigung.
Schriftleitung und Verlag des „Saar-Freund.“

